

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1948**

20 (15.5.1948)

# WIRTSCHAFTSREVUE

WIRTSCHAFTS- W O C H E N S C H R I F T

FRANZÖSISCH IN FRANZÖSISCHER UND ENGLISCHER SPRACHE  
L'ECONOMIE CONTINENTALE  
CONTINENTAL ECONOMIC REVIEW

Nr. 20 — 3. Jahrgang — Konstanz Bodensee, den 15. Mai 1948 — Ausgabe D — Preis RM 1,-

## Schwarze Löhne

Man soll nicht meinen, daß es nur schwarze Preise für Lebensmittel und Fertigwaren gibt. Auch für die Arbeitsleistungen gibt es schwarze Preise. Jeder weiß, daß er außer dem Lohn noch allerlei zugehen muß, wenn er eine Arbeit gemacht haben will. Diese Zugaben entsprechen auch im großen ganzen etwa den Zuschlägen, die man zum normalen Preis beim Schwarzkauf von Waren zahlen muß. So wie es auf dem Schwarzmarkt Übertreibungen gibt, sind sie auch beim Lohn zu finden. Eine solche haben wir in diesen Tagen erfahren. Man berichtet uns, was man in einem deutschen Land aufwenden muß, um einen Madras zu bekommen: 1. Den doppelten Tariflohn, 2. 5 Zigaretten pro Tag, 3. Kisten- und markenfremde Mittag- und Abendessen und 4. (es handelt sich um eine Arbeit von längerer Dauer) eine ganze Lebensmittelkarte, die zu einem Schwarzpreis von 1000 RM erstanden werden mußte. Dies Beispiel ist sicher ein Einzelfall, aber nur insoweit man das Ausmaß der Zugaben betrachtet. Wenn solche Überforderungen verlangt und gegeben werden, wird wohl ein entsprechender Mangel vorhanden sein. Es hat sich eben neben dem konjunkturierten Markt ein freier Markt gebildet, sowohl für Güter, wie für Leistungen. Nur so ist es überhaupt zu erklären, daß in dem augenblicklichen Umfang ein schwarzer Handel möglich ist. Würde das Geld für diese Käufe nicht da, dann würden die Preise schon von selbst herunter gehen. Jeder verkauft seine Ware und seine Leistung so teuer wie er kann, d. h. er sucht und findet einen Käufer, um an das herauszukommen, was er haben möchte. So gehört in das Kapitel schwarze Löhne auch der Schwarzhandel mit der Fertigung der Betriebe. Ob es nun Stoffe in Süd- oder Ostdeutschland oder Bergmannspunkte und ganze Caprakette im Ruhrgebiet sind, sie alle haben einen schwarzen Kurs und sind mit diesem Betrag schwarzer Lohn. Wer sich darüber wunderte oder gar entrüstet, verrät eine ungenügende Einsicht in wirtschaftliche Vorgänge. Was dem Einen (Fabrikanten) recht ist, dem andern (Arbeiter) billig. Die Tatsache dieses schwarzen Marktes nach beiden Seiten hin zeigt aber, daß das Bewirtschaftungssystem in entscheidenden Punkten versagt hat und rechtfertigt die Forderung, vor allem im Interesse der sozialen Gerechtigkeit endlich dieses System abzubauen. X

## Besitzverhältnisse im Kohlenbergbau

FDP-Antrag zur Errichtung einer Bergbauverwaltung Aachen—Rhein—Ruhr  
Von unserem Korrespondenten im Ruhrgebiet

H. Essen. Seit Monaten schon hat sich der Landtag von Nordrhein-Westfalen fast in jeder seiner bisherigen Sitzungsperioden mit der Frage der künftigen Besitzverhältnisse im Bergbau befaßt. Seit Monaten schon liegt dem Wirtschaftsamt des Parlaments ein SPD-Gesetzentwurf über die „Selbstverwaltung Kohle“ vor, und seit Monaten wird namentlich aus parteipolitischen Gründen über die Verstaatlichung oder andere Formen der sogenannten Sozialisierung diskutiert, ohne daß bisher ein praktisches Ergebnis erkennbar gewesen wäre, wenn man nicht als solches die Tatsache bezeichnen will, daß sich auf Grund der bisherigen Beratungen erhebliche Lücken im SPD-Gesetzentwurf herausgestellt haben. Das hat der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Heußler, in der letzten Landtagsdebatte freimütig selbst bekannt, und nicht anders darf auch die bemerkenswerte Zurückhaltung des Wirtschaftsministers Prof. Dr. Nötting, der der SPD angehört, in dieser Angelegenheit gedeutet werden. Es gibt eine Reihe von Einwendungen gegen den Gesetzentwurf. So verlangt er eine Neuordnung der künftigen Besitzverhältnisse ohne auch nur über die gegenwärtigen im klaren zu sein und eine Ermittlung darüber abgewartet zu haben. Weiter gibt er weder eine Definition des Begriffes der Kohlewirtschaft, wie er ihn versteht, noch einen Hinweis auf solche Einrichtungen des Bergbaus, er sich bezieht, noch erwähnt er die künftigen Träger des Eigentums oder die künftigen Besitzer. Er handelt über „Sozialisierung“, und aus seinem § 1 ist zu entnehmen, daß nicht die Verstaatlichung gemeint ist. Aber was wirklich angestrebt wird, ist nicht erkennbar. Bezeichnend ist es, daß ihm das Schicksal der bisherigen Besitzer, der vielen Klein- und Großaktionäre ziemlich gleichgültig ist. Sollen sie reallos enteignet werden, was eigentlich in einem demokratischen Staat nicht möglich sein dürfte, und soll diese Enteignung mit oder ohne Entschädigung vorgenommen werden? Möglich auch, daß die Frage des gegenwärtigen Besitzes nicht angeschnitten worden ist, weil sich dann herausgestellt

haben würde, auf wie schwachen Füßen das Schlagwort von „Kohlenaren“ ruht. Noch deutlicher als die Lückenhaftigkeit des Gesetzentwurfes hat sich in den letzten Monaten die Erkenntnis erwiesen, daß die Entwicklung in der Frage der Besitzverhältnisse im Bergbau einen nicht unerheblich anderen Weg nehmen wird und muß, als ihn sich die Verfechter der Sozialisierung gedacht haben mögen. Sicher dürfte auch sein, daß sie sich darüber selbst im klaren sein dürften, aber auch ihrer Parteidoctrin heraus nicht anders können, als gelegentlich stützig ins Horn zu stoßen. Wer am Marshall-Plan teilnimmt, muß wissen, daß das nur auf privatwirtschaftlichem Boden möglich ist. Und diese Erkenntnis ist offenbar neuerdings auch den Engländern aufgegangen, die sich bisher immer als Garanten der Sozialisierung ausgegeben

haben. Auch sollen, wie aus London gemeldet wird, die Verstaatlichungspläne für den britischen Bergbau in der praktischen Durchführung auf ernste Schwierigkeiten gestoßen sein, sodaß mit einer Änderung der britischen Politik hinsichtlich der Sozialisierung in England gerechnet werden könne. Der neue Vorschlag Neuerdings ist das Problem durch einen Beitrag der FDP herbeigeholt worden, vielleicht sogar in der Wortwahl Bedeutung. Die FDP hat dem Landtag einen Entwurf über eine „Bergbauverwaltung Aachen-Rhein-Ruhr“ vorgelegt, und auch er beschäftigt nunmehr den Wirtschaftsamt, zu dem es verweisen wurde. Nach diesem Entwurf soll zur Durchführung der Selbstverwaltung Aachen-Rhein-Ruhr als Körperschaft des öffentlichen Rechts errichtet

**In dieser Nummer**

- Reform der JEIA ?
- Warenenthaltung und Geldreform
- Kohlenmangel stört Marshall-Plan
- Sachsens pharmazeutische Industrie
- Europas industrielle Erholung
- Steigende Kohlenförderung Englands
- Belgisch-Kongo als Rohstofflieferant
- Landeskassenanweisungen
- Vertenerung der Urproduktion

## Pfund — Mark — Franken

Hg. Baden-Baden. Eine Reihe wichtiger Währungsfragen hat trotz lebhafter Bemühungen der Regierungen und der internationalen Währungsorganisationen noch nicht das Kurzniveau erreicht, das der Zahlungsbilanz dieser Länder und ihrer wirtschaftlichen Kapazität entspricht. Die Kurse des englischen Pfunds, des französischen Frankens und der Währungen der Benelux-Länder gelten seit langem als einer „Berichtigung“ bedürftig. Nachdem in der letzten Woche an den Devisenbörsen in bestimmter Form auftretende Gerüchte über eine bald zu erwartende Abwertung des englischen Pfunds lebhaftes Umrufen und spekulative Geschäfte hervorgerufen hatten, haben die Devisenstellen der britischen und amerikanischen Stellen doch einige Klarheit über die währungsrechtlichen Absichten der großen Mächte gebracht.

Die Abwertungsgerüchte waren auf falsch verstandene Äußerungen von Camille Gutt, dem geschäftsführenden Direktor des Internationalen Währungsfonds zurückzuführen, der an der Harvard-Universität von der Notwendigkeit, einige europäische Währungen neu zu bewerten, gesprochen hatte. Ähnliche Ankündigungen hatte der Bericht des Internationalen Währungsfonds an den Wirtschafts- und Beschäftigungsausschuß der Vereinten Nationen enthalten. Es hieß dort, daß die Wechselkurse einer Anzahl Länder in naher Zukunft geändert werden müßten, weil sie die Ausfuhr dieser Länder behinderten. Nach Erklärungen, welche Beamte des Währungsfonds abgegeben haben, erwartet man tatsächlich in nächster Jahresfrist die Abwertung einiger anpassungsstarrer europäischer Währungen, und zwar wieder in erster Linie eine neue Bewertung des französischen Frankens in Frage kommt; in einem Abstand von etwa zwei Monaten erwarten die Sachverständigen des Währungsfonds dann ähnliche Maßnahmen für die Benelux-Währungen. Erst an dritter Stelle würde sich dann zeigen, ob eine Abwertung des englischen Pfunds überhaupt noch erforderlich ist. Wie immer in solchen Fällen könnte natürlich eine umfassende spekulative Bewegung um den Franken oder eine andere der genannten Währungen die Maßnahmen beschleunigen.

berechnete Festlegung neuer Wechselkursparitäten zu vertragen, bis die Marshall-Hilfe Zeit gehabt hat, sich auszuwirken. Sie soll den Industrien der europäischen Länder durch Zufuhr maschineller Ausrüstung, Hilfs- und Rohstoffen eine bessere Ausnutzung ihrer Kapazität, eine Steigerung dieser Kapazität und eine höhere Ausbeuleistung ermöglichen. Sie soll die Länder Europas aber auch wieder konkurrenzfähiger machen. Die europäischen Zahlungsbilanzen werden daher von zwei Seiten fühlbare Entlastungen erfahren: durch Zuteilung von Dollar-Krediten und durch erhöhte Ausfuhr als Folge dieser Kredite. Mit guten Gründen wird übrigens von britischer Seite die Lage des englischen Pfunds als nicht ungünstig dargestellt. Auf den sogenannten „freien“ Devisenmärkten hat die Sterling-Devisen in letzter Zeit eine bemerkenswerte und nachhaltige Befestigung erfahren. Die Gründe dafür liegen in der Zuteilung der Marshall-Hilfe an Großbritannien, in der Verringerung der Gefahr einer britischen Inflation und in den besseren Aussichten für einen ausgeglicheneren Staatshaushalt. Die führenden Kreise der Londoner City bestreiten auch energisch, daß die in einigen Ländern angesammelten erheblichen Sterling-Guthaben einer Blockierung der Kaufkraft dieser Guthabenbesitzer weichen. Sie würden in absehbarer Zeit in der Lage sein, diese Guthaben zum Einkauf der von ihnen benötigten Waren zu verwenden. Das Vorhandensein großer, im Augenblick nicht verwendeter Sterling-Guthaben rechtfertigt auch keineswegs eine Verbilligung des Pfunds gegenüber anderen Währungen. Eine solche Verbilligung würde übrigens die Nachfrage nach bezogenen britischen Gütern steigern, deren Herstellung gegenwärtig nicht genügend vermehrt werden kann. Auch hier wird also wieder klar, daß das einzige auf die Dauer wirksame Mittel zur Gesundung der verzerrten Währungsbeziehungen zwischen den Ländern und zur Erzielung „richtiger“ Wechselkurse eine möglichst große, aber gesunde, d. h. subventionsfreie Steigerung der Erzeugung an Gütern für friedlichen Verbrauch ist.

## Deutsche Exportpreise

Die deutschen Exportpreise sind das Tagesgespräch in englischen Wirtschaftskreisen. Ehen Niederdrück der englischen Ansichten brachten wir in der vorigen Ausgabe, als wir die größte englische Metallzeitschrift zitierten, in der die Ansicht geäußert wurde, daß der Wert der Mark „vom Standpunkt des Auslandes als unendlich klein“ betrachtet werden müsse. Inzwischen ist gelegentlich der Vorberichtigungen zur zweiten Exportmesse in Hannover von englischer Seite der Vorwurf erhoben worden, daß britische Waren in Südafrika, Kanada, Holland und Schweden durch deutsche Waren unterbunden worden seien. Beiden hier läßt sich am besten beweisen, daß wir den Weg deutscher Waren nicht ganz in der Hand haben. In Schweden sind nämlich deutsche Waren aufgetaucht, die von deutschen Fabriken in der Ostzone als Reparationslieferungen hergestellt wurden. Für Deutschland sind diese Waren keine Exportgüter mehr, Deutsche Waren sind uns sogar jetzt aus dem Ausland wieder beim Einkauf über den Devisenbonus B angeboten worden. Soweit es sich aber um echten deutschen Export handelt, geht dieser ja über die Institutionen der Besatzungsbehörden, also leia und Officieren. Auch die Umrechnung von Mark zu ausländischer Valuta ist — nicht von uns — festgesetzt. Bekanntlich gilt in der Doppelzone ein fester Umrechnungskurs von 1 RM gleich 30 USA-Cents. Gerade dieser Kurs ist Gegenstand der englischen Kritik, und man fordert dort eine Erhöhung der Bewertung der deutschen Mark, oder mit anderen Worten: man würde lieber sehen, daß das Verhältnis nicht 3:30 RM für einen Dollar, sondern vielleicht 3 oder 2,50 RM für den Dollar betrage. Andererseits steht man bei der deutschen Industrie auf dem Standpunkt, daß für manche Industrieerzeugnisse ein Verhältnis von 4 RM für einen Dollar in einigen Fällen sogar von 5 RM für einen Dollar kaum ausreichen würde, um preismäßig mit dem Ausland in Konkurrenz treten zu können. Man weist dabei von deutscher Seite auf die großen Kostensteigerungen der deutschen Industrie hin. (Siehe auch unseren Aufsatz in Nr. 16.) Diesen Wünschen deutscher Exportkreise steht entgegen, daß wir zunächst infolge der notwendigen großen Einfuhren an Rohstoffen und Lebensmitteln eher daran interessiert sind, daß die Mark hoch bewertet wird. Es wäre aber sehr kurz-sichtig, wenn wir aus der augenblicklichen Zwangslage heraus Wünsche in dieser Richtung laut werden ließen; denn auf lange Sicht gesehen können wir doch nicht von der Hilfe des Auslandes leben, sondern müssen danach trachten, unsere Importe aus eigener Arbeit zu bezahlen — wie uns das von alliierter Seite schon oft genug gesagt wurde. Der Marshallplan kann doch bestenfalls nur als Initialzündung betrachtet werden. Er bedeutet eine Hilfsaktion, die sich nicht wiederholen wird — und soll.

Zusammenarbeit Wesseling-Shell  
Düsseldorf. Das von der Union Rheinische Braunkohlen-Kraftstoff-A.G. betriebene moderne Hydrirwerk Wesseling bei Köln, das seit langer Zeit vergeblich um die Wiederaufnahme der synthetischen Benzinproduktion bemüht ist und seine Kapazität zur Zeit nur etwa zu 30% mit der Erzeugung von Methanol und Ammoniak ausnützt, hat nunmehr eine Übereinkunft mit dem Shell-Konzern getroffen. Das Hydrirwerk Wesseling wird nach dieser Vereinbarung größere Mengen importiertes Rohöl zur Verarbeitung übernehmen. Es wird damit gerechnet, daß das Werk ab 1. Juli 1948 monatlich etwa 30 000 t Rohöl verarbeiten kann. Damit wäre allerdings erst die Hälfte der Rohölverarbeitungs-kapazität des Werkes ausgenutzt. Eine weitere Nugharmachung soll vorgesehen sein.

## Einigung über deutsche Guthaben in Spanien

Madrid. Zwischen Spanien, den USA, Frankreich und Großbritannien ist ein Abkommen über die deutschen Guthaben in Spanien getroffen worden, gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß die Handels- und Konsularvertretungen zwischen Spanien und den Westmächten Deutschlands wieder aufgebaut werden sollen.

Ein großer Teil der bergestellten Waren fließt, wie weiter mitgeteilt wurde, besonders auch in der Textilindustrie durch Kompensationen in unkontrollierbare Kanäle. Hinzu kommen Deputate für Spinner und Weber bis zu 10% der Erzeugung.

Von der Regelung werden in Spanien die Vertretungen der deutschen Firmen AEG, IG-Farben, Siemens, Schering, Bayer, Afa, Merck, Pelikan usw. betroffen. Die deutschen Guthaben sollen enteignet und zum Höchstpreis verkauft werden, wobei jedoch nach spanischen Gesetzen nicht mehr als 25% der Anteile solcher Unternehmen in ausländische Hände übergeben dürfen. Man rechnet, daß sich die privaten deutschen Guthaben in Spanien auf etwa 400—500 Mill. Pesetas belaufen, von denen Spanien einen gewissen Anteil als Ausgleich für Forderungen an Deutschland behalten soll. Die übrigen Verkaufserlöse-Anteile werden den Alliierten auf Grund des Reparationsabkommens von Paris zur Verfügung gestellt. Die zuständigen Länder müssen mit der spanischen Regierung noch Vereinbarungen über den Transfer der ihnen zugesprochenen Anteile an deutschen Vermögenswerten treffen.

Kein Walzwerk in Spandau  
Berlin. Die Ende 1947 geplante Errichtung eines Eisens- und Stahlwerkes in Spandau ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden, wie DPD von unterrichteter Seite erfährt, da die in Aussicht genommenen Bauländereien inzwischen auf Veranlassung der Besatzungsbehörden abgeräumt wurden. (Die „Wirtschaftszeitung“ hatte seinerzeit (Nr. 55) gegen den Plan Stellung genommen.)

England — Rußland  
Die russische Monatszeitschrift „Wojeschnaja Torgowlja“ deutet in einem Artikel die Möglichkeit einer Erweiterung des englisch-russischen Handels an. Das Handelsabkommen zwischen beiden Ländern habe günstige Voraussetzungen geschaffen.

Rußland wird in kürzester Zeit zwei Generalkonsulate in Palästina eröffnen.

## 1,7 kg Textilien für den Normalverbraucher

Hamburg. Nur etwa 10—15% der in der Doppelzone erzeugten Textilien erreichen den Normalverbraucher, wie vom Gesamtverband des Hamburger Einzelhandels mitgeteilt wurde. In diesem Jahr ist damit zu rechnen, daß 1,7 kg Textilien auf den Normalverbraucher entfallen gegenüber rund 10 kg, wie sie auf der letzten Punktkarte des Jahres 1944 vorgesehen waren.

## Palästina-Kämpfe gefährden Erdölversorgung

Haifa. Die Entwicklung in Palästina, vor allem die Kämpfe in Haifa haben, wie Beobachter übereinstimmend melden, ernste Rückwirkungen auf die Erdölversorgung des Mittelmeergebietes zur Folge gehabt. So lange die Kämpfe andauern, wird die große Erdölraffinerie in Haifa nicht arbeiten. Der Ausfall an raffiniertem Öl wird sich zweifellos nicht nur auf die Kriegführenden, sondern auch auf die Fabriken, Betriebe etc. auswirken. Die Raffinerie in Haifa hat eine Kapazität von 4 Mill. t im Jahr und lieferte u. a. auch Erdöl nach Großbritannien.

# Reform der JEIA?

Kosten auf einen Punkt zu senken, der auch bei dem jetzt geltenden Umrechnungskurs gestattet, konkurrenzfähig zu exportieren.

So bleibt uns, an dieser Stelle zwei Problemkreise zu erörtern: 1. die deutsche Konkurrenz am Weltmarkt und 2. Sparen in der deutschen Wirtschaft. Zum 1. Punkt wäre darauf hinzuweisen, daß der gegenseitige Wettbewerb von jeher ein Ansporn zu Verbesserungen in der Produktion war. Gewiss sind gerade in Fertigfabriken Anzeichen dafür vorhanden, daß die Preise in eine sinkende Tendenz kommen, vor allem wenn wir an die Produkte denken — wie der im Vergleich in dieser Nummer veröffentlichte Artikel näher erläutert — die aus lohnintensiven Betrieben stammen. Trotzdem würden wir es bedauern, und zwar nicht nur vom Standpunkt des deutschen Exportes aus, wenn sich die Gerüchte bestätigen, daß von englischen Stellen ein Kaufpfond gegen den deutschen Export gegründet werden sei. Die Tendenz, die sich hierin zeigen würde, läuft der europäischen Zollunion entgegen, die gerade in den letzten Wochen, wie wir melden konnten, große Fortschritte gemacht hat, ebenso wie die Ansicht der englischen Metallzeitschrift. Schließlich hat England durch sein Abkommen mit Frankreich und den Benelux-Staaten wirtschaftspolitisch sich auf eine Linie festgelegt, die nicht von einem internationalen Verband durchkreuzt werden darf. Dann wäre doch ein besserer Weg, wieder internationale Preisvereinbarungen vorzubereiten, wie sie früher in vielen Branchen üblich war. Das müßte ja nicht gerade in der Form internationaler Kartelle, etwa wie bei Eisen und Stahl, oder bei Glühlampen (Phoebus) geschehen. Dies ist allerdings zunächst nicht unsere Sorge. Wir wollen immer noch daran glauben, daß die „Industrie und Handelsvereinigung für den deutsch-englischen Handel“ gerade die englischen Exportinteressen mit den deutschen in Einklang bringt.

Beim Übergang zu dem zweiten Punkt, nämlich der Erörterung deutscher Sparmaßnahmen können wir auf dem Thema Währungsreform nicht vorbeikommen, zumal die von den Militärregierungen verfügte Aufhebung des Preisstops und die genehmigten Lohnerhöhungen allgemein als Auftakt zur Währungsreform betrachtet wurde. Damit hat sich das Kostenbild gewaltig verändert und die Sparmöglichkeiten in eine andere Perspektive gerückt. Ob allerdings die deutsche Ansicht, daß diese Maßnahmen der Militärregierungen unter dem Gesichtswinkel der Währungsreform vorgenommen wurden, richtig ist, läßt sich heute noch nicht sagen. Das Hinanzüger der spruchreif gewordenen monetären Veränderung (obwohl die technischen Vorbereitungen schon weit gediehen sind) läßt eher vermuten, daß die eine Aktion unabhängig von der anderen ist. Es wundert uns daher nicht, daß man gerade in den letzten Tagen wieder die Vermutung hören konnte, man habe sich entschlossen, doch von einer Währungsreform geplanten Musters abzusehen. Die Entscheidung darüber liegt nicht in deutschen Händen, aber die Bedenken, die von deutscher Seite gegen die bekanntgewordenen Pläne erhoben worden sind, scheinen uns schwerwiegend genug, um tatsächlich den Erfolg einer solchen Maßnahme in Zweifel zu ziehen. Eines aber ist sicher: Wenn die Währungsreform durchzuführen, dann ist es zweckmäßig, sie sofort vorzunehmen oder man sollte ganz darauf verzichten.

Es hat sich nämlich in den letzten Wochen gezeigt, daß seit den Erklärungen, eine Währungsreform käme bald, die Betriebe noch fester auf ihren Beständen sitzen bleiben. Das ist nicht nur psychologisch verständlich, sondern auch wirtschaftlich richtig. Denn es muß doch Wäre für ein neues Geld vorhanden sein, wenn nicht von vornherein die valutistische Reform ins Leere stößt. Jedenfalls sind in den letzten Wochen bei der deutschen Wirtschaft Erscheinungen aufgetreten, die bei längerer Dauer dieses Zustandes zu ernstem Besorgnis für die Versorgung Deutschlands Anlaß geben. Wenn aber der Wirtschaftler glaubt, daß er mit dem eben verabschiedeten Enthaltungsgebot etwas Gutes in dieser Richtung getan hat, dann irrt er sich. Die Argumente für das Gebot, die aus einem unserem Korrespondenten in Stuttgart gebrachten, Interview in dieser Ausgabe hervorgehen, überzeugen nicht. Wenn das Gebot sogar die Ansammlung von Material zur Erweiterung der Betriebsanlagen als Hortung ansieht, dann können wir dem Gebot wirklich nicht mehr folgen. Das Gebot knebelt die Entwicklung in der Wirtschaft, herabzuziehen die letzten Reserven, die überhaupt Voraussetzung für das Gelingen einer Währungsreform sind, und bringt die gewonnenen Waren praktisch um von einem Hort, dem der Wirtschaft, zu einem andern Hort, dem der Behörden, wo sie wiederum, wie viele Beispiele der letzten Wochen zeigen, monatelang liegen, bis man sich über den Verteilungsschlüssel geeinigt hat und auf dem Weg von einem Hort zum andern Hort teilweise gerade in die Kanäle abzufüllen pflegen, die man sicher nicht damit füllen wollte. Die Praxis sieht eben doch anders aus, als man im grünen Tisch vermutet. Nur eine Aufhebung der Bewirtschaftungsvorschriften und nicht die Verschärfung durch ein Enthaltungs-

In verschiedenen Handelskammerberichten und anderen Darstellungen wird neuerdings von der Möglichkeit einer grundlegenden Wandlung der JEIA-Verfahrens gesprochen. Dahingehende deutsche Vorschläge sollen bereits grundsätzlich als Diskussionsgrundlage anerkannt worden sein und es wird schufte, daß schon sehr bald diese Wandlung Tatsache werden könnte. Das Ziel dieser angestrebten Reform ist die Beseitigung der regionalen Außenhandelsbetreuung und ihre Ersetzung durch eine fachliche Aufgliederung. Die in den einzelnen Ländern der Doppelzone bestehenden Außenhandelskontore würden verschwinden. An ihre Stelle würden fachlich-zentrale Ausfuhrerehandlungen treten, denen gleichzeitig auch die Aufgabe zufallen würde, die Rohstoffverweisungen an die Exportindustrien vorzunehmen. Allerdings werden von den Ländern eine Reihe von Bedenken gegen diese fachliche Aufgliederung der Ausfuhrbetreuung und der Rohstoffentscheidungen geäußert.

Die positiven Momente einer fachlichen Außenhandelsorganisation wiegen jedoch nach Ansicht aller Fachleute so schwer, daß mit einer Verwirklichung dieses Prinzips endlich die einzig angemessene Außenhandelsorganisation erreicht werden könnte. In kleinem Rahmen wurde dieser Gegensatz übrigens bei den Vorbereitungsarbeiten für die Exportmesse in Hannover ausgetragen. Auch hier war ursprünglich eine Aufteilung des Ausstellungsgeländes nach Ländern vorgesehen. In einem späteren Stadium der Vorbereitungen wurde jedoch entsprechend den Wünschen der Industrie und ihrer Verbände dieser Plan umgeworfen. Dadurch wird die Exportmesse Hannover nun doch eine Zusammenfassung der Aussteller nach Industrien bringen und damit dem ausländischen Besucher seinen Kontakt mit den ihn interessierenden deutschen Exportindustrien wesentlich erleichtern.

Eine andere Lockerung der Ausfuhrbewirtschaftung erhofft sich die Wirt-

schaft in der Richtung, daß von dem Genehmigungszwang jedes einzelnen Exportgeschäftes abgesehen wird. An ihre Stelle soll die nachträgliche Überprüfung der Devisenlöse treten. Bekanntlich ist schon jetzt für begünstigte Ausfuhrer eine Globalgenehmigung für vorher eingereichte Sortimente erhältlich. Die allgemeine Anwendung dieses Prinzips, die gegenwärtig erörtert wird, würde von der Wirtschaft als eine weitere wesentliche Erleichterung angesehen werden.

Neben diesen angestrebten Reformen der JEIA, die hoffentlich Verwirklichung finden werden, bleibt allerdings als noch größeres Exporthemmnis die Dollar-Klausel bestehen. Solange die Abnehmer deutscher Ware im Ausland Gefahr laufen, ihre Einkäufe oder auch nur die vierteljährlich verbleibende Verrechnungsspitzen zwischen Einfuhr und Ausfuhr in Dollar begleichen zu müssen, muß das Interesse an deutschen Waren durch den allgemeinen Mangel an Dollar schwer beeinträchtigt werden.

## Doppelzone — französische Zone

Ein Warenaustauschabkommen für dieses Jahr

Die am 16. März in Bad Königstein begonnenen Verhandlungen zwischen den Westzonen über den Abschluß eines neuen Warenaustauschabkommens sind nunmehr durch die Unterzeichnung eines Warenabkommens für die Zeit vom 1. April 1948 bis 31. Dezember 1948, das am 19. Dezember 1947 abgeschlossene Essner Abkommen abschließt, beendet worden. Das Warenabkommen sieht Lieferungen des vereinigten Wirtschaftsgebietes im Werte von 189,1 Mill. Mark vor. Die Mehrlieferungen der französischen Besatzungszone von rund 50 Mill. Mark dienen zum Ausgleich der Ruhrkohle, die in die französische Besatzungszone als Ersatz für die ausgefallene Saarkohle geliefert wird.

Im Rahmen dieses Warenaustauschabkommens liefert das vereinigte Wirtschaftsgebiet an die französische Besatzungszone: Landwirtschaftliche Erzeugnisse für 16,2 Mill. Mark; Eisen und Bergbaubedarf für 531.200 Mark; Steine und Erden für 642.000 Mark; feuerfeste Materialien für 263.100 Mark; Eisen und Stahl (Walzwerk-erzeugnisse, Gießereierzeugnisse usw.) für 20,4 Mill. Mark; Fertigzeugnisse verschiedenster Art für 59 Mill. Mark; Landmaschinen für 3 Mill. Mark; elektrische Erzeugnisse für 11,3 Mill. Mark;

feinmechanische und optische Erzeugnisse für 1 Mill. Mark; chemische Erzeugnisse für 70 Mill. Mark; Kautschuk und Hilfsstoffe für 11,2 Mill. Mark; Erzeugnisse aus Glas für 447.000 Mark; Holz für 440.000 Mark; Papier für 1.026.000 Mark; Büroartikel für 1.492.500 Mark.

Die französische Besatzungszone liefert dagegen: Landwirtschaftliche Erzeugnisse für 24,2 Mill. Mark; Eisen und Bergbaubedarf für 8 Mill. Mark; Steine und Erden für 8,4 Mill. Mark; Eisen und Stahl (Spezial-Roh Eisen, Spiegeleisen, Feinbleche usw.) für 23,9 Mill. Mark; Landmaschinen für 3 Mill. Mark; elektrotechnische Erzeugnisse für 2,2 Mill. Mark; Feinmechanik und Optik für 13,9 Mill. Mark; Chemische Erzeugnisse für 125 Mill. Mark; Kautschuk und Hilfsstoffe für 6,1 Mill. Mark; Holz für 13,5 Mill. Mark; Papier für 2,8 Mill. Mark; Tabak für 1,3 Mill. Mark. Die Lieferungen an landwirtschaftlichen Erzeugnissen sehen einen Austausch von Saatgetreide und Saatkartoffeln aus dem vereinigten Wirtschaftsgebiet gegen Brotgetreide und Speisekartoffeln sowie zusätzliche Weidelieferungen aus der französischen Besatzungszone vor.

## Besitzverhältnisse im Kohlenbergbau

(Fortsetzung von Seite 1)

werden. Sie soll der Aufsicht des Landes Nordrhein-Westfalen unterstehen und zu deren Weisungen im Rahmen dieses Gesetzes gebunden sein.

Mitglied der Körperschaft ist jeder, der Verfügungsrecht über im Lande Nordrhein-Westfalen gelegene Kohlenerechtsame, der Kohlenfelder innehat oder erwirbt, oder der Zechen, Zechenbetriebe und Nebenbetriebe betreibt. Die Mitglieder sind an die Weisungen der Bergbauverwaltung gebunden, die auf Grund dieses Gesetzes ergehen. Die Mitglieder sind verpflichtet, auf Verlangen alle Auskünfte zu erteilen, Einsichtnahme in die Bücher, Belege, Schriftstücke, Pläne und Zeichnungen zu gewähren und Prüfungen wirtschaftlicher und technischer Art zu gestatten, die der Zweck dieses Gesetzes erfordert. Die Bergbauverwaltung kann ihre Weisungen auch schon vor der Entschaltung der Konzesse unmittelbar an deren Betriebe, die die Weisungen durchführen sollen, richten. Die Verwaltungskosten der Bergbauverwaltung werden durch Umlage erhoben.

Aufgabe der Bergbauverwaltung ist die Förderung der Mitglieder in kaufmännischer, technischer und wissenschaftlicher Hinsicht und die Abstimmung ihrer Interessen auf die Erfordernisse des Gemeinwohls. Es ist insbesondere ihre Aufgabe, die Mitglieder zu unterstützen und mit Weisungen zu versehen auf dem Gesamtgebiet der Erhöhung von Förderung und Leistung, in der Durchführung der Planung für die einzelnen Reviere ohne Rücksicht auf die zufälligen Grenzen der heutigen

Kohlenfelder und Gerechtsame, in der Durchführung der überseziellen Planung einschließlich des Material- und Geräteeinsatzes, und zwar auf dem Gebiet der Arbeitseinsatzes und der sozialen Belange, auf dem Gebiet der Betriebswirtschaft zum Erkenntnis von Fehlerquellen und als Grundlage des gerechten Preises, in der Entwicklung der Verbundwirtschaft, im weiteren Ausbau der Kohleveredlung, in der Überwindung der Sortenschwierigkeiten und auf dem Gesamtgebiet der Verteilung der Erzeugnisse zum höchsten Nutzen für das Gemeinwohl.

Als Organe der Körperschaft sind vorgesehen der Beirat und die Geschäftsführung. Der Beirat soll aus 24 Mitgliedern bestehen, die je zur Hälfte von den Unternehmungen und deren Betriebsräten auf die Dauer von fünf Jahren in geheimer Wahl gewählt werden und die mindestens fünf Jahre im Bergbau tätig gewesen sein sollen. Der Beirat hat beratende Aufgaben gegenüber der Geschäftsführung. Er ist vor allen grundsätzlichen Entscheidungen, insbesondere organisatorischer, finanzieller und produktions technischer Art zu hören. Der Beirat soll aus Fachauschüssen für bestimmte Fragegebiete einsetzen und ihnen gutachtliche Aufgaben übertragen. Dies gilt insbesondere für Fragen, die Kohle und Eisen, Kohle und Energie, Kohle und Chemie, Kohle und Verkehr, Kohle und Handel und Kohle und Forschung betreffen. Ferner sieht das Gesetz Betriebsausschüsse vor, die durch die Geschäftsführung festgelegt werden. Die Betriebs-

ausschüsse sehen sich zusammen aus mindestens einem technischen Direktor, einem kaufmännischen Direktor, und einem Vertreter der Arbeitnehmer. Der technische und kaufmännische Direktor werden von einer durch die Geschäftsführung einberufenen Versammlung aller Unternehmungen des Bezirks in geheimer Wahl gewählt. Der technische Direktor muß ein Zechendirektor sein. Die Betriebsräte des Bezirks wählen den Vertreter der Arbeitnehmer in geheimer Wahl. Aufgabe der Betriebsausschüsse ist es, die Geschäftsführung in der Behandlung der Angelegenheiten des Bezirks zu unterstützen und der Geschäftsführung gegenüber die Interessen des Bezirks und der in ihm gelegenen Zechen zu vertreten. Die Arbeit der Betriebsausschüsse wird wesentlich dazu beitragen, die Betriebsbibliothek der Bergbauverwaltung auch auf längere Sicht sicherzustellen.

Die Geschäftsführung hat ein Vorschlagsrecht für den Zusammenschluß einzelner Zechen oder Bergwerksunternehmen eines oder mehrerer Reviere zu Gemeinschaftsunternehmen, um ihm die Lösung bestimmter wirtschaftlicher Aufgaben zu übertragen, wie z. B. den Bau von Schmelzerien oder Kraftwerken, das Abkaufen neuer Schächte usw., ferner zur Erhaltung oder Errichtung un wirtschaftlicher Einzelbetriebe, auf deren Förderung gesamt-wirtschaftlich nicht verzichtet werden kann. Die Geschäftsführung soll Vorschläge zur Erhaltung der Kohlenabfuhr erforderliche Verlegung von Verkehrsleitungen und Wasserläufen und die Errichtung von Siedlungen.

Soweit in Kürze dieser Gesetzentwurf, der eine neue Wendung in der Diskussion über die künftigen Besitzverhältnisse im Bergbau darstellt. Er vermeidet die Enteignung des Privatbesitzes, sichert so die Wirksamkeit privatwirtschaftlicher Initiative und bindet den Bergbau dennoch an die gemeinwirtschaftlichen Forderungen. In organisatorischer Hinsicht liegt der Entwurf zwischen der Form einer gemischt-wirtschaftlichen Gesellschaft wie etwa der des RWE und der Körperschaft des öffentlichen Rechts wie z. B. der des Ruhrbergbauverbandes.

Wenn wir die bisherigen Äußerungen der CDU über das Bergbauproblem richtig verstanden haben, so dürfte dieser FDP-Entwurf auch der Auffassung der CDU entsprechen. Darum scheint sich hier erstmalig mit einiger Deutlichkeit die besperrliche Zukunft des Bergbaus abzuschließen.

Der Wirtschaftsausschuß des Landtages beschloß in seiner Sitzung am 10. Mai die Einsetzung eines besonderen Arbeitsausschusses, der alle Grenz- und Zweifelsfragen der Sozialisierung des Bergbaus bis zum 22. Juni klären soll. Dem Arbeitsausschuß werden Sachverständige des Ruhrbergbaus, der Chemie und der Rechtswissenschaften angehören.

gesetz kann die Waren frei geben lassen, die gebraucht werden. Und der Weg, den sie dann gehen, ist klarer erkennbar.

Ganz gleich aber wie die Entscheidung fällt (ob Währungsreform oder Lauflassen der Preise und Löhne — mit gelegentlichem Abstoppen in gewissen Zeitabschnitten — oder beides): die deutsche Wirtschaft muß wieder das Sparen lernen. Dabei werden wir dort anfangen müssen, wo die Anflutung am deutlichsten zu Tage tritt: im Apparat der deutschen Verwaltung. Wenn in Bayern vor dem Kriege 226.000 Beamte und heute 570.000 tätig sind, wenn in einer deutschen Großstadt ein Drittel aller Werktätigen in irgend einer Form in Behörden tätig sind und wenn wir uns die gewaltigen Etats der deutschen Länder oder den vor kurzem bekannt gewordenen Etat der deutschen Wirtschaftsverwaltung der Doppelzone für 1947 betrachten, dann besteht aller Grund, hier zuerst den Hebel anzusetzen.

Mit Recht ist gerade zu dem zuletzt genannten Etat von allen Parteien, ganz gleich welcher Richtung, Kritik geübt worden. Von dieser Seite her trägt die deutsche Wirtschaft eine Belastung, die nicht nur erheblich vermindert werden kann, sondern auch muß. Es ist auch evident, daß wir an eine Steuerreform erst herangehen können, wenn

## Ausland in Kürze

Wie aus Washington gemeldet wird, werden die Stahlprodukte sowie Öllieferungen nach Europa im Rahmen des Marshall-Planes wesentlich verringert werden. Europa bekommt 602.000 t weniger Stahl und 2.146 Mill. t weniger Ölprodukte als ursprünglich berechnet. Amerika kann im Augenblick keine so großen Mengen Rohmaterialien, wie ursprünglich gedacht, entbehren.

Die USA sind nach wie vor Europas größter Kohlenlieferant mit 2,25 Mill. Tonnen im Monat März, an zweiter Stelle stand Westdeutschland mit 1,4 Mill. t.

Das US-Handelsministerium veranschlagt den Export der USA auf 90% des Wertes von 1947, der West der amerikanischen Ausfuhr auf 19,6 Milliarden Dollar belief.

Das amerikanische Handelsministerium hat über 100 Lebensmittel- und Fabrikprodukte für die Ausfuhr nach Europa freigegeben und sie von einer Exportlizenz ausgenommen.

Großbritannien hat für 90 Mill. £ Tabak in Amerika gekauft, nachdem es seit dem Vorjahre wegen Dollarmangels keine Tabak-Einkäufe dort getätigt hatte.

Australien hat in den ersten 4 Monaten dieses Jahres 12 Mill. £ mehr Einkommensteuer bezahlt als im entsprechenden Zeitabschnitt 1947. Die Erhöhung der Einnahmen ist hauptsächlich auf die Steigerung des Außenhandels zurückzuführen.

In Australien ist ein amerikanischer Delegierter eingetroffen, der Wolle für die japanischen Industrien kaufen will. Es soll sich dabei um Wolle mittlerer Qualität und um eine Menge von 1000 Ballen handeln. Die Japaner werden dafür Seide und andere Waren liefern.

Australien wird voraussichtlich eine große Anzahl von Material aus amerikanischen Heeresbeständen, darunter auch kleinere Kriegsschiffe kaufen.

Die britische Kohlenausfuhr nach Frankreich wird von informierten Kreisen vom Mai ab eine Vervielfachung erfahren. Monatlich werden etwa 100.000 t geliefert werden.

Der englische Minister Shinwell erklärte vor 10.000 Bergarbeitern, die 5-Tage-Woche werden bleiben und die hauptsächlichsten Industrien des Landes sollten nationalisiert werden.

Holland wird der Doppelzone 200.000 Tonnen Gemüse als Gegenlieferung gegen Industrienerzeugnisse liefern, ohne daß eine Abrechnung in Dollars vorgenommen wird.

Norwegen wird nach im Laufe dieses Monats mit den britisch-amerikanischen Besatzungsbehörden Verhandlungen über den norwegischen Export in die Doppelzone aufnehmen.

Nach einer belgischen Zeitung soll der deutsche „Volkswagen“ in Belgien nicht eingeführt werden. Belgien verzichtet, weil sein Preis 60.000 Bfr überschreite und die Wagen in Dollar bezahlt werden müßten.

Auf Grund des Handelsabkommens wird Polen 4 Mill. t Kohle und Koks an Schweden liefern, ferner Eisen, Stahl, Salz, Zucker, Eier und Textilien im Gesamtwert von 280 Mill. Kronen.

Die indische Regierung plant die Erstellung von zwei 500.000 t Stahlwerken. Die Gesamtproduktion an Stahl belief sich im vergangenen Jahr auf nur 960.000 Tonnen, während 2,5 Mill. t benötigt werden.

General Mac Arthur hat bekannt gegeben, daß 60% von den 325 japanischen Unternehmen, die ursprünglich unter das Anti-Kartell-Gesetz Selen, die Erlaubnis erhalten, ihre Tätigkeit fortzusetzen. Bei 131 anderen Firmen erfolgt noch eine Prüfung durch amerikanische Sachverständige.

Die Türkei ist gezwungen, etwa 30.000 Tonnen Weizen in den Vereinigten Staaten oder in Kanada zu kaufen, da ihre Vorräte zu gering sind.

Argentinien hat ungefähr 50 Transporteinheiten in Großbritannien zum Preise von mehreren Millionen Pfund Sterling erworben.

Die Anglo-Ägyptische Ölfelder-Gesellschaft soll die Genehmigung zur Ausbeutung der Petroleumvorkommen auf dem Westufer des Sinai erhalten. Sie muß dafür 14% des Jahresertrages an die ägyptische Regierung abliefern, der außerdem ein Vorkaufsrecht beim Ankauf von 20% der jährlichen Gesamt-erzeugung eingeräumt wird.

Wie die Kopenhagener Zeitung „Børsen“ meldet, rechnet man mit der Wiederaufnahme dänischer Handelsvertragsverhandlungen mit der Doppelzone Ende Mai.

WIRTSCHAFTSREVUE-VERLAG GmbH, Konstanz, Chefredakteur Oskar Kraemer, Stellvertreter: Dr. H. F. Geiler, Baden-Baden; verantwortlich für die Steuerbeilage: Peter Becker, München, Zuständiger Verlagspostamt f. franz. Zone: Konstanz; amerik.-engl. Zone: Eilingen-Bad, Satz u. Druck: Oberh. Verlagsgesellschaft Merk & Co. KG, Konstanz, und Badendruck GmbH, Karlsruhe. — Zuschriften an die Redaktion nicht an einzelne ihrer Mitglieder erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Die Beilage von Rückporto verpflichtet nicht zu Rücksendung unverlangt eingesandter Manuskripte. Jede mit Namen des Verfassers versehene Veröffentlichung stellt lediglich dessen Privatmeinung dar. Nachdruck oder sonstige Veröffentlichung nur mit Genehmigung der Redaktion; wissenschaftliche Verantwortung nur mit Quellenangabe. — Zur Zeit ist Anzeigen-Preistafel Nr. 2 gültig.

# Warenenthortung und Geldreform

Für und wider das Entthorungsgesetz des Wirtschaftsrats

Zur Frage der noch immer sehr umstrittenen Notwendigkeit einer Entthorung der Vorräte der gewerblichen Wirtschaft hat Oberregierungsrat Dr. Haußmann vom Wirtschaftsministerium Württemberg-Baden unserem Stuttgarter Korrespondenten gegenüber Stellung genommen. Die Ansicht der Redaktion zu diesem Gesetz findet der Leser im Leitartikel.

**Frage:** Wie ist es zur Förderung nach einer Warenentthorung gekommen, und wie ist die Entwicklung bisher hier vor sich gegangen?

**Antwort:** Im Februar d. J. forderte der Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Dr. Schlange-Schöningen, von dem Präsidenten des Wirtschaftsrates ein „Spezialkommissionengesetz“ für die Industrie: es könne nicht länger geduldet werden, daß ein Berufsfachmann unter Polizeiaufsicht stehe, während die Industrie zum Schaden der Allgemeinheit ungestraft für eine bessere Zukunft horten darf. Im März legte die SPD dem Wirtschaftsrat einen Initiativantrag auf Erlass eines Gesetzes zur „Entthorung der gewerblichen Wirtschaft und zur Verhütung künftiger Warenhortungen“ vor, der eine erregte Debatte auslöste.

Dem Verwaltungsausschuss für Wirtschaft wurde vorgeworfen, daß es seit Juli 1947 jede Maßnahme zur Entthorung verhindert habe. Es sei und bleibe ein

scheitendes Unrecht, wenn in Produktion und Handel alle die, welche Waren zurückgehalten haben, nun diese wertbeständigen Güter über die bevorstehende Geldreform hinweg retten können, während die große Masse der Verbraucher, die schon jahrelang wegen dieses verwerflichen Hortens nicht einmal die dringenden Bedarfsartikel kaufen konnten, das angesammelte Geld zu 90% verlieren soll und dem gestauten Bedarf dann mit neuem Geld bezahlen muß. Gewerkschaften und weite Kreise der Bevölkerung verlangen eine Verteilung der über das normale Friedensmaß hinausgehenden Löhre noch vor der Währungsreform, damit alle Schichten der Bevölkerung gleichmäßig den Schritt von der alten in die neue Währung machen und nicht einzelne Kreise bevorzugt werden.

**Frage:** Welche sind die Gründe, die die Gegner einer Warenentthorung für ihre Auffassung anführen?

**Antwort:** Wie kürzlich gemeldet wurde, sind in Nordrhein-Westfalen in einer Aktion vom 12. bis 24. April d. J. Textil-, Schuh- und Haushaltswaren im Friedenswert von etwa 1,5 Mill. RM sichergestellt worden. Bei der Überprüfung des Großhandels in Karlsruhe wurden seit Februar d. J. Textilien im Werte von 464.000 Punkten beschlagnahmt. Alle Einwände, die gemacht werden, müssen sorgfältig geprüft werden, wie es überhaupt Aufgabe einer verantwortungsbewußten Wirtschaftsführung sein wird, beide Standpunkte sorgsam gegeneinander abzuwägen und das Beste für die Allgemeinheit herauszufinden.

**Produktion von NE-Metallen in der Doppelzone**

Nach dem Halbjahresbericht der amerikanischen Militärregierung für Deutschland ergeben sich für die wichtigsten NE-Metalle folgende Produktionszahlen in der Doppelzone im Monat März:

	März	Sept	Februar
Zink	2.536 t	3.200 t	1.738 t
Blai	2.947 t	3.200 t	2.833 t
Kupfer	777 t		2.564 t

Der auffallende Rückgang in der Kupferherstellung ist zum größten Teil darauf zurückzuführen, daß die „Norddeutsche Affinerie“, Hamburg, sich zur Zeit auf die Produktion von zweitklassigem Blauskupfer konzentriert hat und die Herstellung von neuem Kupfer auf elektrolytischem Wege nicht vor Juni dieses Jahres wieder aufnehmen wird. Die Kapazität der einzelnen Werke reicht für die Produktion von ungefähr 5.350 t Kupfer im Monat aus, jedoch hemmt der Mangel an Facharbeitern die volle Ausnutzung dieser Kapazität.

Dem Leipziger Sender zufolge förderte die „Krughütte“ bei Eisleben im vierten Quartal 1947 2.600 t Kupfererze. Im ersten Vierteljahr 1948 wurde die Produktion auf 3.900 t gesteigert. Die Hütte glaubt, diesen Produktionsanstieg weiter halten zu können.

**Antwort:** Die Gegner einer Entthorung behaupten, daß keine neuwertigen Bestände vorhanden seien und ihre Erfassung deshalb das Mißverhältnis zwischen Nachfrage und Angebot kaum merklich bessern wird. Auch müßte man sowohl der Industrie wie dem Handel die unumgänglich notwendigen Existenzvoraussetzungen gewährleisten. Schließlich bräuchten Industrie und Handel gewisse Lagerbestände als „Polster“, um den nach der Neuordnung zu erwartenden Kaufdruck aufzufangen. Auch der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, Dr. Erhard, warnte „vor einer Preisgabe der letzten volkswirtschaftlichen Güterreserven“. Nach seiner Ansicht wäre eine radikale Lagerauflösung vor der Reform „der verhängnisvollste Schritt, den man sich denken könne“. Mit Hilfe des Marshall-Planes könne nicht sofort eine spürbare Besserung der Versorgung erwartet werden, vielmehr dürfte es 6—9 Monate dauern, bis dieser Plan sich auswirke. Für diese Zeit würden die gehorteten Güter gebraucht.

**Frage:** Was ist zu diesen Einwänden zu sagen und zweitens sind überhaupt gehortete Bestände vorhanden?

**Antwort:** Wie kürzlich gemeldet wurde, sind in Nordrhein-Westfalen in einer Aktion vom 12. bis 24. April d. J. Textil-, Schuh- und Haushaltswaren im Friedenswert von etwa 1,5 Mill. RM sichergestellt worden. Bei der Überprüfung des Großhandels in Karlsruhe wurden seit Februar d. J. Textilien im Werte von 464.000 Punkten beschlagnahmt. Alle Einwände, die gemacht werden, müssen sorgfältig geprüft werden, wie es überhaupt Aufgabe einer verantwortungsbewußten Wirtschaftsführung sein wird, beide Standpunkte sorgsam gegeneinander abzuwägen und das Beste für die Allgemeinheit herauszufinden.

**Frage:** Welche Stellung hat nun Württemberg-Baden in dieser Angelegenheit eingenommen?

**Antwort:** Bereits Anfang Dezember vorigen Jahres hat der Wirtschaftsminister von Württemberg-Baden die Einrichtung von Kontrollausschüssen angeordnet, da die Militärregierung, die

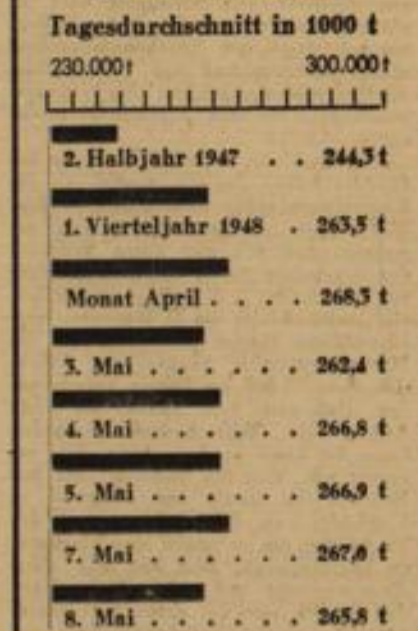
Gewerkschaften und weite Bevölkerungskreise eine Warenrückhaltung bei Industrie und Handel vermuteten. Es mußte daher unverzüglich festgestellt werden, ob diese Vermutung zutrifft, und wenn ja, müßten diese „gehorteten“ Waren sofort der Bewirtschaftung zugeführt werden. In Richtlinien wurden die Rechte und Pflichten der Kontrollausschüsse, ihr Aufgabengebiet und das Prüfungsverfahren festgelegt. Die bisherigen Erfahrungen sind für eine abschließende Beurteilung noch zu gering. Um gezielte Maßnahmen gegen eine unverantwortliche Warenrückhaltung zu schaffen, wurde dem württembergischen Landtag ein Gesetzentwurf vorgelegt. Das geltende Recht berücksichtigt den Fall der Warenhortung oder der Produktionsabschottung überhaupt nicht. Der noch nicht verabschiedete Entwurf sieht keine Strafen, sondern Eingriffe der Gewerkschaft vor wie z. B. Auflagen, Einschränkung oder dauernde Schließung des Betriebs bis zum Behebungsverbot. Die parlamentarische Erledigung bleibt abzuwarten. Württemberg-Baden hat sich also für eine Kontrolle und gerechte Verteilung aller übermäßig gehorteten Waren (und immer nur um eine solche handelt es sich) entschieden. Eine solche Regelung liegt auch im Interesse der vielen unabhängigen Firmen, die sich bisher von einer Hortung ferngehalten haben.

**Frage:** Wie ist Ihre Ansicht über die Auswirkung des neuen „Entthorungsgesetzes“, das am 1. April d. J. vom Wirtschaftsrat angenommen wurde und wonach Bestände, deren Umfang als überhöht zu bezeichnen sind, sofort wieder in den Verkehr gebracht werden müssen?

**Antwort:** Das Gesetz sieht auch die Ansammlung von Materialien für Erweiterung der Betriebsanlagen als Hortung an. So erfreulich die Annahme des Gesetzes ist, so wird doch alles davon abhängen, daß der Beschluß auch überall rasch und energisch durchgeführt wird. Es scheint aber, daß einflußreiche Kräfte am Werk sind, den guten Gedanken dieses Gesetzes zu verwässern oder die Angelegenheit auf die lange Bank zu schieben, möglichst bis zur Währungsreform. Die Verbraucherschicht selbst muß deshalb durch aktive Mitarbeit in den Kontrollausschüssen an der Erreichung des Zieles mitwirken. Alle Einflüsterungen, es sei schon zu spät oder die Ergebnisse der Prüfungsausschüsse reichen

## RUHR-KOHLFÖRDERUNG

(einschließlich Aachener und Ibbenbürener Revier)



doch nicht zu einer spürbaren Besserung in der Versorgung, verlangen nicht. Neben der Tatsache, daß die gehorteten Bestände nicht unterschätzt werden sollten, handelt es sich auch um die psychologischen Wirkungen. Es geht nicht an, daß die große Masse des Volkes durch den Währungschnitt seine wegen Warenmangels aufgestauten und nicht realisierbaren Warenbestände zu 90% verliert, während bestimmte Kreise mit mehr oder weniger reichlichen, aber immerhin realen Sachwerten sich in die neue Währung hinüberretten können. Was an Warenvorräten über die Grenzen eines normalen Bestandes hinaus verfügbar ist, muß noch vor der Währungsreform nach gerechten Grundsätzen verteilt werden. Die sicher sehr barierten Folgen der Geldneuordnung können nur dann ohne gefährliche Erschütterung überwunden werden, wenn sie alle Volkskreise gleichmäßig und gleich stark treffen, ohne Schonung oder Bevorzugung einzelner.

## Erhöhte Stahlproduktion in der Doppelzone

H. Essen. Die Stahlproduktion erreichte im April 363.000 t gegen 343.000 Tonnen im März. Seit Dezember 1947 ist eine Steigerung von 25% zu verzeichnen. Die Stahlteilungen an die Industrien der Doppelzone sollen im ersten Halbjahr 1948 insgesamt 1,3 Mill. Tonnen betragen, wie die Verwaltung für Wirtschaft bekannt gibt. An erster Stelle in der Liste der Bedarfsträger steht das Verkehrswesen, das 16% der Zuteilungen erhalten wird. An zweiter Stelle befindet sich der Bergbau mit 14% der Zuteilungen. Es folgen die Fertigungen für die Landwirtschaft, den Export und schließlich die übrigen Industrien.

**Die Produktion**

	Rohstahl	Roheisen	Walzstahl
Januar	359.517 t	285.896 t	214.606 t
Februar	354.486 t	282.294 t	197.829 t
März	343.525 t	275.297 t	223.464 t
April	363.000 t	312.712 t	241.729 t

### Neue Stahlpreis-Verhandlungen

Auf die Vorstellungen der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie über die unzureichende Stahlpreis-erhöhung hat die Verwaltung für Wirtschaft neue Verhandlungen eingeleitet. Es ist eine erneute Überprüfung der für die einzelnen Sorten aufgestellten Kostenrechnungen im Gange mit dem Ziel, das bestehende Defizit von rund RM 15,— durch Subvention oder Preismanipulation abzubauen. Die Abwägung im Falle der vorgesehene Lohnerhöhung steht noch nicht zur Debatte.

### Die Stahlkommission

Nachdem die Amerikaner statt der vorgesehenen zwei Vertreter drei nominiert haben, ist auch die Zahl der eng-

### Erhöhte Stahlproduktion in der Doppelzone

lich und deutschen Fachleute auf je drei erhöht worden. Zur deutschen Kommission, für die bisher Dr. Bleiß und Dr. Reusch benannt waren, wurde von den Gewerkschaften Herr Graf vorgeschlagen. Es ist bezeichnend, daß wohl die Gewerkschaften nicht aber die Werke bzw. die Unternehmer der eisenschaffenden Industrie in der Stahlkommission vertreten sind.

Nachdem die Amerikaner statt der vorgesehenen zwei Vertreter drei nominiert haben, ist auch die Zahl der eng-

## Kohlenmangel stört Marshall-Plan

In der westdeutschen Eisen schaffenden Industrie und in den weiterverarbeitenden Industrien verfolgt man zur Zeit mit größter Besorgnis die rückläufige Tendenz in der Steinkohlenförderung der Nordzone, und gerade in den letzten Tagen hat sich eine Konferenz interessierter Industriekreise in Düsseldorf mit der Frage der unzulänglichen Kohlenzuteilungen befaßt, die der Erfüllung der im Zope des Marshall-Planes zu steigenden Produktionsleistungen hemmend im Wege stehen. Es wird angenommen, daß die Verfügbarkeit an Kohlen nur knapp 59 Mill. t betragen und es unmöglich sein wird,

mit Hilfe der von dieser Menge abzuwendenden Zuteilungen den für das Planjahr 1948/49 vorgesehenen Stahlplan von 6 Mill. t gegenüber 3,4 Mill. t im Jahre 1947 zu erreichen. Man wird allenfalls auf 4,8 Mill. t kommen. Der gesamte Kohlenbedarf für die Doppelzone war mit 63,7 Mill. t im ersten Marshalljahr errechnet worden, sodaß ein Fehlbetrag von 5 Mill. t verbleibt, und um die Einfuhr dieser Menge war nachgedacht worden, aber leider ist diese Forderung der Ablehnung verfallen. Eine leichte Reservemöglichkeit besteht in der Drosselung der Ausfuhr, für die übrigens die Voraussetzungen

der Moskauer gleitenden Skala nicht mehr gegeben sein dürften, nachdem die Förderung wieder unter die für die Anwendung der Skala vorausgesetzte Menge von 280.000 t Tagesförderung in der Nordzone einschließlich Saar nicht mehr erreicht ist. Wenn schon in der Grundstoffindustrie das Soll nicht mehr erfüllt werden kann, so wird damit dem Marshall-Plan von vornherein der Boden unter den Füßen entzogen. Am stärksten hat dazu der Rückgang der Schichtleistung beigetragen. Je Mann unter Tage ist ab von 1,28 t im März auf 1,24 t im April gesunken. Die Fehlschichten haben sich als Reaktion auf die durch die CARE-Paket-Aktion bewirkte Anspannung, aber auch aus jahreszeitlichen Gründen (Gartenarbeit der Bergleute), erhöht. Je 100 angelegte Arbeiter fielen im April täglich 15,7 Schichten gegenüber 13,5 im März aus. Die Zahl der im Steinkohlenbergbau beschäftigten Arbeiter, die im März um 2.900 zugenommen hatte, hat sich im April um 7.200 erhöht. Etwa die Hälfte dieses Zuwachses entfiel auf die Neueinstellung von Berglehrlingen.

Der Anstieg der Zedernkokszerzeugung hielt weiter an, die Produktion hat fast 30.000 t erreicht. Im Durchschnitt des Monats April wurden täglich 48.600 t erzeugt gegenüber 47.500 t im März. Im ganzen Monat betrug die Erzeugung 1,46 Mill. t (März: 1,47 Mill. t). Die Braunkohlenförderung der Nordzone konnte ihren hohen Stand vom März nicht ganz halten. Sie sank von täglich 193.300 auf 192.000 t im April. Im ganzen Monat wurden 4,98 Mill. t gefördert (März: 4,97 Mill. t). Die Herstellung von Braunkohlenbriketts stieg arbeitstägig von 39.700 t im März auf 39.900 t und monatlich von 1,02 Mill. t auf 1,04 Mill. t im April.

Der tägliche Versand von Kohle war im April etwa ebenso hoch wie im März. Die werktägliche Wagengestellung für Steinkohle sank von 14.000 Einheiten im März auf 13.800 Einheiten im April, die für Braunkohle stieg von 4.000 auf 4.200 Einheiten. Auf dem Wasserwege wurden im April täglich etwa 66.000 t gegenüber ungefähr 68.000 t im März versandt. Die Leistungen der Verkehrsmittel waren groß genug, um neben der frischen Förderung auch einen Teil der auf Halde gestürzten Kohle abzuführen. Die Haldebestände an Steinkohle und Steinkohlenkoks verminderten sich daher im April um mehr als 200.000 t und betrugen Ende April weniger als 1,20 Mill. t. Die Bestände bei den Verbrauchern stiegen von 1,98 Mill. t Steinkohleneinheiten Ende Februar auf 2,03 Mill. t Ende März. Sie waren damit — bei freilich großen Unterschieden im einzelnen — etwa doppelt so hoch wie im März 1947. Aber sie reichten bei weitem nicht aus, um der Industrie die erforderliche Initialleistung zu geben.

## Am Ausgang: Undurchsichtige Politik

Der dritte Jahrestag der Beendigung der Kampfhandlungen des zweiten Weltkrieges stand nicht im Zeichen der Erinnerung an jene Stunde, in welcher Generalfeldmarschall Keitel im Hauptquartier Marshalls Schukow mit verbissenem Gesicht zur Feder griff und seinen Namen unter die bedingungslose Gesamtkapitulation Deutschlands setzte. Die Erinnerung daran ist vor den neuen und drängenden Problemen bereits verblaßt. Heute wissen wir, daß der Friede keine mühelose Frucht des Sieges ist, sondern eine neue schwere Aufgabe. Seitdem es nämlich darum geht, den Sinn des 8. Mai 1945 — mit dieser Stunde sollte nach dem einheitlichen Willen aller Siegermächte der organisierte Tod für immer gebannt sein — in die Praxis der Friedensverträge umzusetzen, hallt die Welt von einer beängstigenden Diskussion wider, auf welche Weise und ob überhaupt der noch gar nicht verwirklichte Frieden gegen künftige Gefahren zu schützen sei. Es stellt sich jetzt heraus, daß der größere Teil der Welt so einzig und instinktiver er in der Niederkämpfung der damals herrschenden Friedensbrecher war, nicht so einmütig zweifellosen Sinnes ist, wenn es sich darum handelt, durch Verträge den Völkern neue Lebensformen zu geben. Die Harmonie ist weiterhin gestört. Ein unheimlicher Druck lastet auf den Völkern, unheimlich durch die Undurchsichtigkeit einer Politik, von der man nicht sagen kann, welche Wege sie führt. Ein so langwieriger Krieg, wie wir ihn zuletzt erleben mußten, und durch den eine ganze Welt aus den Fugen geraten ist, hinterläßt Belastungen und Erbteile, die sich nicht von heute auf morgen unwirksam machen lassen. Neue Waffen sind erfunden worden, die durch ihr bloßes Vorhandensein eine Gefahr bedeuten.

Deutschland und Westunion beschränkte, bemerkenswert.

Nach dem die Vereinigten Staaten von Europa und auch das Neue Deutschland, das ihm angehören soll, nicht Wirklichkeit. In seiner Rede von Toulouse lehnte Bidault erneut ein zentralistisches Deutschland ab, wobei er aber die Rolle Deutschlands in einem künftigen Europa durchaus anerkannte. Auch in London bemühte man sich mit deutlich spürbarem Eifer, die ausbleibende sowjetische Verzögerungstaktik mit energischen Maßnahmen zur Konsolidierung eines arbeitsfähigen Westdeutschlands zu beantworten. Die ursprünglich anheraumte Vollziehung der sechs Mächte über Deutschland ist jedoch in letzter Minute abgesagt worden. Die Leiter der französischen Delegation sind nach Paris zurückgekehrt. „Figaro“ spricht davon, daß der tote Punkt der Verhandlungen erreicht sei und nach „Paris-Presse“ besteht in den amtlichen Kreisen die Neigung, eine Vertagung der Londoner Konferenz um mehrere Wochen zu verlangen.

Unter dem Eindruck dieser internationalen Ereignisse ist Frankreich von einer Bewegung nach Neuordnung erfüllt worden, die eine Verständigung zwischen den beiden nichtkommunistischen Blöcken anstrebt. Die nunmehr vollzogene Wahl des Präsidenten Italiens hat bis zur Stunde die Erwartungen erfüllt, die der um seine Freiheit besorgte Westen Europas in das italienische Volk gesetzt hat. Der belgische Außenminister Spaak, dessen Kabinett von seiner eigenen Partei getrippt wurde, sprach davon, daß der Staatenbund eines Vereinigten Europas eine lange Straße des Friedens vor sich habe. Wie notwendig Europa den Frieden hätte, geht aus der Studie der europäischen Wirtschaftskommission der Vereinigten Nationen hervor, über deren Bedeutung wir an anderer Stelle unseres Blattes eingehend berichteten. Der Bericht kommt zu dem fast bestürzenden Ergebnis,

daß der europäischen Handel im abgelaufenen Jahr erst 56% des Umfangs von 1938 erreicht hat. Das aber habe katastrophale Folgen, weil das Gesamtdesizit der europäischen Länder aus ihren kommerziellen Transaktionen mit der übrigen Welt im Jahre 1947 auf 7,5 Mrd. \$ angeschwollen sei, denen nicht mehr wie unsichtbare Einnahmen gegenüber stehen. Die Untersuchung der Kommission zeigt aber auch, daß der Westen Europas der Agrarländer, die in Rußlands Machtsphäre geraten sind, nicht entbehren kann. Andererseits bedürfen jene Länder auch trotz des Ostblocks der Zusammenarbeit mit dem gesamten Europa. Eben in diesen Tagen haben Ungarn und England ein Warenaustauschabkommen unterzeichnet, das eine Verdreifachung des bisherigen Handelsvolumens vorsieht. Was für Ungarn gilt, hat in noch stärkerem Maße für die Tschechoslowakei Bedeutung. Auch Polen ist ein am Westen sehr interessierter Handelspartner. Denkt man dann noch an die Bekanntgabe der Mitteilung, nach welcher auf Grund einer russischen Note an Großbritannien noch in diesem Monat eine Zehnmächtenkonferenz nach Belgrad einberufen werden soll, um die zukünftige Schiffskontrolle auf der Donau zu erörtern, so zeigt sich im Gegensatz zur Politik eine immer intensiver Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet.

Wohl könnte durch die voreilige Bekanntgabe durch Radio Moskau über einen Notenwechsel zwischen den USA und der Sowjetunion, der, wie man behauptet, ohne Wissen von London geführt wurde, eine weitere Verschärfung der politischen Scheidung zwischen Ost und West eintreten. Derzeit besteht die Sorge um die Erregung über die Indiskretion des Kremles hat jeden weiteren Optimismus gedämpft. Wenn auch durch die Milliardeninvestitionen der Vereinigten Staaten ein Wiederaufbau Europas erst in den Bereich des Möglichen gerückt ist, so wird auch eine wirtschaftliche Verflechtung zwischen Ost und West entscheidend zur Gesundung unseres Kontinents beitragen.

# Wir greifen auf:

## Kontrolle der Kontrolleure!

Der bayerische Landwirtschaftsminister forderte, wie behauptet wird, in einem Schreiben den Landtagspräsidenten auf, durch den Ernährungsausschuss einen Untersuchungsausschuss zur Überprüfung der Überprüfungstätigkeit des Prüfungsausschusses für den Viehhandel einzusetzen.

Nun sind wir so weit. Was wir befürchtet haben, ist eingetroffen — die Kontrolleure sollen kontrolliert werden. Wir können uns des Gefühls nicht erwehren, daß wir nur einen Bruchteil der Ergebnisse dieser Kontrollen erfahren. So amtiert z. B. seit gesamer Zeit ein Ausschuß, der die in Hannover verschwundene Butter sucht. Allein im Monat September vergangenen Jahres sind dort 45 000 kg Butter verschwunden. Daß auch vom Januar bis Ende August ein Butterbedarf bestanden hatte, ist kaum zu bezweifeln. Wir erinnern uns, daß ein Beamter, der mit Fett zu tun hatte, am Flugfeld in Frankfurt zwei Pfund Butter aus der Tasche zog, um sie gegen eine Flugkarte zu kompensieren. Den hat man allerdings erwischt und sehr eilig erklärt, daß es sich nur um einen untergeordneten Angestellten handelte, womit man — etwas eifrig — wahrscheinlich dokumentieren wollte, daß die übergeordneten von ihren Rationen leben.

Die Fehler liegen im System. Alles kämpft um das biblische tägliche Brot, die Beamten nicht ausgenommen. Und fast jede, auch die unschuldigste Befriedigung ist an eine Bewilligung gebunden. Der Selbstbehauptungswille zwingt die Menschen, ihr armseliges Leben weniger arm und etwas mehr selig zu gestalten, und sie greifen eben zu. Steht ein Beamter, der schon seit Jahren nur 1 bis 1½ Gramm Fett täglich „verbrauchen“ darf, als Butterkontrolleur ein und er müßte ein Unikum sein, wenn er nicht... Und wenn er? Ja, dann soll man dem Ochsen, der da drischt, nicht das Maul verbinden. Da aber zu viele Ochsen dreschen, muß man versuchen, ihnen doch das Maul zu verbinden. Notgedrungen wird deshalb ein Ausschuß zur Überprüfung der Überprüfungstätigkeit eines anderen Ausschusses gebildet. Wenn nun dieser neue Ausschuß die Aufgabe ebenfalls nicht meistert, ja, dann schaltet man noch eine Kontrolle ein, wie es das ganze unselige System erfordert. Auf diese Weise werden wir allmählich ein Volk vom Kontrollrat kontrollierter Kontrolleure. Und damit hätten wir das lückenlose Bewirtschaftungssystem erreicht.

## Baustoffnotgesetz — ein Gesetz ohne Not

In Bayern ist ein Gesetzentwurf eingereicht worden, der den Namen Baustoffnotgesetz trägt. Dieser Entwurf hat einen Sturm der Entrüstung entfacht, und es scheint uns, daß er sehr einseitig ist. Vor allem müssen auch wir uns gegen die vorgesehene Anordnung wenden, daß das Gesetz nur auf private Unternehmer Anwendung finden soll. Durch diese Einschränkung wäre es auf Grund dieses Gesetzes unmöglich, gegen öffentliche Bauvorhaben vorzugehen, die mit schwarz erworbenen Baustoffen arbeiten. Der private Unternehmer würde nach dem neuen Gesetz bestraft und das schwarz gekaufte oder in Kompensation erworbene Baumaterial wird entschädigungslos beschlagnahmt werden, aber die öffentliche Hand könnte bauen, wie sie will. Gewiß ist es juristisch ein Widerspruch, daß eine Behörde ein nicht genehmigtes Bauvorhaben oder ein genehmigtes Bauvorhaben mit nicht genehmigten Baustoffen ausführen darf, die die bisherigen Anordnungen über die Baustoffbewirtschaftung vollkommen ausreichend sind. Und nun kommt das zweite: Kompensationen sind nun auch von amtlichen Stellen zugelassen worden und haben ihren strafwürdigen Charakter eingebüßt. Im Zuge dieser Entwicklung muß es auch dem Bauunternehmer gestattet sein, mit Baustoffen, die er im Kompensationswege erhalten hat, zu bauen, selbst wenn ihm die Baustoffe nicht genehmigt sind. Durch das neue Baustoffnotgesetz aber würde die private Initiative im Bauen unter den heutigen Umständen vollkommen lahmgelegt, aber voraussichtlich bei den behördlichen Bauten sogar angeregt. Das kann nicht im Interesse des Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft sein. Wir können also nur hoffen, daß dieses Gesetz nicht durchgeht.

## Kosten der Sozialisierung

Es gibt heute kein Land mehr, das nicht mit dem Problem der Sozialisierung zu ringen hat. Wir in Deutschland haben in die Verfassungen einiger Länder entsprechende Paragraphen bereits aufgenommen. Danach wird festgelegt, welche Produktionszweige in staatliche

# Aus der deutschen Wirtschaft

## Französische Zone

Die Marmelade-Industrie in Rheinland/Hessen-Nassau hat von der französischen Militärregierung die Genehmigung zur Wiederaufnahme der Produktion erhalten, teilte der Verband der Obst- und Gemüse-Verwertungsindustrie Rheinland/Hessen-Nassau mit.

Seit Kriegsende wurden in dem Reichsbahn-Ausbesserungswerk Ludwigshafen 12 000 Güterwagen repariert. Die Zahl der reparierten Wagen stieg im Monatsdurchschnitt von 109 im Juli 1945 auf jetzt 710 Stück, die der beschäftigten Arbeitskräfte in der gleichen Zeit von 150 auf 790 Personen.

In Kothem befindet sich seit kurzem die elektro-medizinische Gerätebau-Firma Plumer. Als Neubeit brachte das Unternehmen einen Jodophoröse-Apparat heraus, der eine Erleichterung auf dem Gebiet der Elektro-Therapie darstellt. Die Bedienungsweise des Apparates ist äußerst einfach, er kann an jedem Krankenbett aufgestellt werden.

Das Holzfaserplattenwerk Krages in Scheuerfeld bei Bedford richtete in Liers (Kreis Ahrweiler) eine Spezialfabrik für Fußbodenplatten ein. In Scheuerfeld werden weiterhin Holzfaserplatten hergestellt und in dem Egbacher Werk des Unternehmens sogenannte „Dämmplatten“. Rohstoffe stehen durch die benachbarten umfangreichen Wäldungen genügend zur Verfügung.

Die technischen Kapazität der Verbandsstoff- und Plasterfabrik Lohmann KG. in Fahr wurde durch Kriegsschäden nur unwesentlich geschwächt. Der Betrieb ist die wichtigste Trägerin der Sanitäts-Versorgung in der französischen Zone. Die französische Zone vermag die Kapazität nicht auszunutzen. Die Erhöhung der gebotenen Mindestarbeit war nur möglich durch größere Kompensationsgeschäfte mit den Nachbarzonen, durch die Rohstoffe hergebracht wurde. Eine Besserung der Verhältnisse ist zu erwarten.

Die thüringischen Braunkohlen-gruben haben im ersten Vierteljahr 1948 rund 360 000 t Rohbraunkohle mehr gefördert als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Produktionssteigerung beträgt 60 %.

In den mecklenburgischen Torfgebieten zwischen Lübeck und Rostock ist unter Einsatz von Großbaggern eine Torfkampagne eingeleitet worden, die den Ertrag der Torfgewinnung von etwa 75 000 t im Jahr 1947 auf 300 000 t in diesem Jahr bringen soll. Unter den im Land Brandenburg sequestrierten Betrieben befinden sich 49 Bergbaubetriebe mit 16 000 Beschäftigten, weiterhin 88 Baustoffbetriebe, 39 Glashütten, 38 chemische Werke, 156 Metallbetriebe, 75 Holzwarenfabriken und Sägewerke, 114 Fabriken, die Stoffe, Bekleidung und Lederwaren herstellen. Diese Betriebe sind als landeseigene Betriebe erklärt worden.

## Englische Zone

Der Güterumschlag in den Duisburg-Ruhrorter Häfen stieg im ersten Quartal 1948 auf 1,57 Mill. t an, gegen 1,17 Mill. t im letzten Quartal 1947. Bei rückläufigem Kies- und Sandanfuhr, dagegen steigendem Erdimport blieb die Güterabfuhr mit 634 696 (636 885) t wenig verändert. Infolge erhöhten Kohlenumschlags stieg die Güterabfuhr auf 940 149 (403 502) t an.

Eine Gruppe der Nordböhmisches Glasindustrie hat im vergangenen Jahr mit einer Neuanstellung im Rheinland begonnen. Kürzlich wurde mit dem Sit in Rheinbach/Eifel die „Aufbaustelle für die Nordböhmisches Glasindustrie“ gegründet, der zur Zeit 19 Firmen angehören, die vorwiegend im Gebiet von Rheinbach, Euskirchen, Düren und Bonn ihre Produktion aufgenommen haben. Ein Unternehmen arbeitet in Düsseldorf-Benrath. In diesem Jahr sollen weitere 20 bis 30 Firmen ihre Erzeugung beginnen.

Die Gewerkschaft Mechanischer Werke in Mechernich/Eifel, die zur Untergruppe West der Preulag gehört, und das älteste Bleibergwerk Deutschlands betreibt, hat nach mehrjährigen Verhandlungen nun ihren Betrieb wieder aufgenommen. Zur Zeit werden wieder 500 Arbeitskräfte beschäftigt, gegen 1100 vor dem Kriege. Man hofft, bis zum Jahresende den Vorkriegsstand erreichen zu können. Vor dem Kriege wurden jährlich rund 6900 t Feinblei aus gefördertem eigenen Erzen produziert.

Die Nationale Automobilgesellschaft AG. in Berlin hat in Olpe in Westfalen unter Verwendung der Wendener Hütte eine Zweigabteilung zur Fabrikation von Maschinen, insbesondere für die Auto- und verwandte Industrie, Apparate und Werkzeuge, errichtet.

Die Maschinenfabrik Sack & Co. GmbH., Düsseldorf-Rath, die in der Hauptsache Anlagen für Walzwerksbetriebe usw. baut, ist zurzeit mit Aufträgen sehr stark versehen, kann aber des Mangels an Facharbeitern wegen nur beschränkt die Anlagen ausnutzen. Die Exportaufträge haben sich in der letzten Zeit nennenswert gehoben.

Die Kammgarnspinnerei AG. in Düsseldorf wird ihr durch Kriegshandlungen stark beschädigtes Werk

etwa Mitte des Jahres wieder in Betrieb setzen können. Das Düsseldorf-Werk arbeitet seit dem vorigen Jahr hauptsächlich für Weberei, Wirkerei und Stickerie. Die Beschäftigungsmöglichkeiten sind hier durch Aussichten für den Export gegeben. Die Beschäftigung beträgt zurzeit noch nicht mehr als etwa 30% der Kapazität.

Mit einer steigenden Produktion hat die Kautschuk verarbeitende Industrie einen zunehmenden Bedarf an Ruß, der zur Zeit nicht gedeckt werden kann. Das Werk Kalscheuren der Degussa hat etwa die Hälfte ihres Vorkriegsproduktionsstandes erreicht. Eine weitere Er-

## Amerikanische Zone

Über die Neuordnung der Verwaltung der Landesbezirke Württemberg-Baden ist insofern jetzt eine Einigung erzielt worden, als Württemberg-Baden in die Landesbezirke Nordwürttemberg und Nordbaden gegliedert wird. Die staatliche Behörde jedes Landesbezirks ist das Landesbezirkspräsidentium. Der Landesbezirkspräsident ist zuständig zur Ausübung der staatlichen Aufsicht über die Gemeinden, Kreise sowie über die sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts. Weiter ist er zuständig für alle Angelegenheiten der staatlichen Verwaltung, soweit sie nicht anderen Behörden oder dem Ministerpräsidenten, der Landesregierung oder den Ministerien vorbehalten sind.

Die hessische Regierung wird dem Landtag einen Gesetzentwurf zur Erhöhung des Grundkapitals der hessischen Landeszentralbank von 5 auf 30 Mill. RM vorlegen.

Nach einer Mitteilung des Direktors der Militärregierung erreichte die Gütererzeugung Hessens im Februar mit einem Wert von 194 Mill. RM eine neue Nachkriegshöheleistung, die mehr als 6 Mill. RM über der letzten von November 1947 liegt.

Im März stellte die Kraftfahrzeugindustrie Hessens 407 Lastkraftwagen (Opel 1,5 Tonne), 128 Personenkraftwagen (Opel „Olympia“), 5 735 Fahrzeuge, 40 LKW-Anhänger und 14 PKW-Anhänger her.

Die Erzeugung scheitert an dem Mangel an Arbeitskräften, Papiertaschen und verschiedenen Hilfsmitteln. In den letzten Monaten war auch die Waggonstellung unzureichend, so daß von München, Hamburg und Hannover der Ruß mit Lastwagen in Kalscheuren abgeholt werden mußte.

Die Glanzstoff-Courtaulds GmbH., Köln-Niehl, eine Gemeinschaftsgründung der Vereinigten Glanzstoff-Fabriken AG. in Wuppertal und der Courtaulds Ltd. in London, beschäftigt zur Zeit wieder rund 3000 Arbeitskräfte und hat damit den Vorkriegsstand er-

reicht. Die Zellstoffversorgung hat sich seit einigen Monaten durch verstärkte Importe aus dem Ausland gebessert. Es werden Kunstseide und Zellwolle produziert. Nach dem Kriege wurde die Erzeugung von Cordkunstseide aufgenommen.

Die Walter Rau Neusser Ölwerke AG., Neuß a. Rh., die seit Juni wieder in Betrieb ist, konnte in den letzten Monaten ihre Produktion infolge der verstärkten Importe von Erdnüssen und Koprä wesentlich steigern, jedoch ist die Kapazität bei weitem noch nicht ausgenutzt.

## Ostzone

Die thüringischen Braunkohlen-gruben haben im ersten Vierteljahr 1948 rund 360 000 t Rohbraunkohle mehr gefördert als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Produktionssteigerung beträgt 60 %.

In den mecklenburgischen Torfgebieten zwischen Lübeck und Rostock ist unter Einsatz von Großbaggern eine Torfkampagne eingeleitet worden, die den Ertrag der Torfgewinnung von etwa 75 000 t im Jahr 1947 auf 300 000 t in diesem Jahr bringen soll.

Unter den im Land Brandenburg sequestrierten Betrieben befinden sich 49 Bergbaubetriebe mit 16 000 Beschäftigten, weiterhin 88 Baustoffbetriebe, 39 Glashütten, 38 chemische Werke, 156 Metallbetriebe, 75 Holzwarenfabriken und Sägewerke, 114 Fabriken, die Stoffe, Bekleidung und Lederwaren herstellen. Diese Betriebe sind als landeseigene Betriebe erklärt worden.

Die SMA hat durch Verordnung Nr. 102 die Preise für 16. bis 20. prozentigen Superphosphat auf 64,65 RM bis 78,65 RM pro t, ohne Verpackung, erhöht. Auf Grund eines Handelsabkommens mit den Niederlanden ist eine erste Sendung von 80 000 t Superphosphat in Lübeck geladert worden.

In Berlin-Tempelhof wird soeben eine transportable Aluminium-

Schmelzanlage mit einem Tagesausstoß von 7 t Blockaluminium gebaut.

Die Maximilianshütte in Unterwellenborn produziert neuerdings in gesteigertem Umfang die als Isoliermaterial bedeutende Schlackenwolle, von der 150 t im Monat bisher erzeugt wurden.

Die Erzeugung des in den Besitz des Landes Sachsen-Anhalt überführten Kupferwerk Kalleisenburg ist von 600 t auf 850 t erhöht worden.

Die Neptunwerft in Rostock hat eine neue Giesserei in Betrieb genommen, die bei Materialanlieferung auch private Aufträge für Metall- und Grauguß übernimmt. Die Kapazität beträgt vorerst 5 t täglich. Insgesamt sind in Rostock jetzt vier Giessereien und eine Versinkerei in Betrieb.

In Uckermark wird von der pommeresischen Binnen-Schiffahrt-Transportgenossenschaft eine Schiffsverft errichtet.

Der Betrieb der Wandererwerke AG. in Siegmarschhausen bei Chemnitz ist nach der Demontage jetzt wieder in Betrieb und beschäftigt 1422 Personen. Es werden Fräs-, Bohrungs- und Schreibmaschinen hergestellt. U. a. wird ein verbessertes Modell der Continental-Schreibmaschine erzeugt. Die Schreibmaschinenherstellung soll auf monatlich 1000 Stück gebracht werden.

Der volkseigene Betrieb „Deke-Pneumatik“ in Ketschendorf hat gegenwärtig eine Tageserzeugung von 200 Stück Auto- und Motorraddecken und 300 Autoschläuchen. Es ist beabsichtigt, die Jahresproduktion auf 150 000 Reifen und Schläuche oder auf 500 Stück im Tag zu bringen. Der Ausbau der technischen Einrichtungen ist im Gange.

Die beiden demontierten Zellwollanlagen in Pirna und Wittenberge sind nach dem Wiederaufbau der Anlagen und der Ergänzung der maschinellen Einrichtungen wieder in Betrieb. Die Anlage in Wittenberge wird in der kommenden Zeit täglich 30 t Zellwolle für die Textilindustrie der Ostzone liefern.

Das Zellwollewerk in Schwarza in Thüringen produziert wieder bei einer Kapazität von 100 t etwa 30 t Perloukstoff.

Die als Zulieferbetrieb der Glas-, Textil- und Waschnittelindustrie bedeutende „Staßfurter Soda-Fabrik“ produziert neuerdings wieder über 10 000 t kalinisierten Soda im Quartal. Die Leistung des Werkes soll erheblich gesteigert werden.

Von der einzigen Schwefelkiesgrube der Ostzone „Drei Kronen und Ebert“ in Elbingerode, werden zur Zeit 5 000 t Schwefelkies im Monat erzeugt. In einer Tiefe von 250 m soll im Lauf des Sommers eine neue Sohle angelegt werden.

Die Zuckerverwarenfabrik „Kosa“ in Niederrodewig bei Zittau hat ihren Maschinenpark für die Produktion von Bonbons und Drages erheblich vergrößert, so daß sie größere Lieferungen für den zivilen Sektor zu übernehmen vermag.

Die Zuckerverwarenfabrik „Kosa“ in Niederrodewig bei Zittau hat ihren Maschinenpark für die Produktion von Bonbons und Drages erheblich vergrößert, so daß sie größere Lieferungen für den zivilen Sektor zu übernehmen vermag.

Hand übergeführt werden sollen. Nun sind die Erfahrungen mit den Sozialisierungen keineswegs allgemein gut. Die neueste schlechte Erfahrung hat England gemacht mit der Verstaatlichung des Bergbaus, aber auch wir in Deutschland sind aus der Vergangenheit nicht arm an unglücklichen Beispielen, aber auch an günstigen. Die guten Erfahrungen haben wir allerdings da gemacht, wo von vorneherein die öffentliche Hand die Betriebe aufgezogen und durchgeführt hat, wo also nicht erst sozialisiert werden mußte. Das bestfunktionierende Staatsunternehmen in Deutschland ist zweifellos die Post, schon weniger — in der Vergangenheit wenigstens — die Eisenbahn.

Sehr viel schwieriger ist es bei den Elektrizitätswerken. Sie sind meist aus privater Initiative entstanden, und nach den bisherigen Erfahrungen kann man sagen, daß die privaten Elektrizitätswerke günstiger gearbeitet haben als die öffentlichen. Direktor Essensberger von den Bayerischen Elektrizitätswerken hat kürzlich in München erklärt, daß die privaten und gemischtwirtschaftlichen Betriebe im allgemeinen bei den Neuerungen, Verbesserungen und Preisreduzierungen den Unternehmungen der öffentlichen Hand vorangeschritten seien. In keinem Fall sei der private Strom teu-

rer, in vielen Fällen aber billiger als der öffentliche. Wenn es so ist, dann besteht keine Notwendigkeit, die noch in Privathand befindlichen Elektrizitätswerke in öffentliche Hand zu überführen. Unter den Gründen, die Essensberger für die Beibehaltung der privaten Elektrizitätswerke anführt, befinden sich zwei entscheidende: 1. könnten in der schweren Notzeit heute Sozialisierungen nicht gefördert, sondern hemmend und lähmend wirken. Hinzufragen ist, daß allein die Umstellung schon Schwierigkeiten mit sich bringt, was jetzt England zu spüren bekommt, wo, wie die englische Presse sich ausdrückt, die seit dem 1. April laufende Verstaatlichung der Elektrizitätsindustrie „eine erhöhte Unsicherheit mit sich brachte“. So etwas pflegt in der Wirtschaft nicht auf billigere Preise hinauszulaufen. Darauf aber käme es bei uns heute besonders an. 2. Würden nach den Berechnungen Essensbergers allein in Bayern rd. 450 Mill. RM notwendig sein, um nur die ausländischen Beteiligungen angemessen abfinden zu können. Da der gesamte Jahresetat des Landes Bayern bei über 2 Mrd. RM liegt, ist also fast ein Viertel eines Jahresetats notwendig, um auch nur die Ausländer abzufinden. Hinzu käme, daß man die Ausländer in Devisen abfinden

müßte. Das wäre ohne eine Auslandsanleihe unmöglich, und es ist nicht gesagt, daß man sie für diesen Zweck überhaupt bekommt.

Das Beispiel zeigt, wie behutsam man bei Sozialisierungsplänen vorgehen muß und wieviel ernste Gründe gegen sie sprechen.

## «Land ohne Ordnung» — da und dort!

Die „Tägliche Rundschau“ veröffentlicht unter dem Titel „Land ohne Ordnung“ Reiseindrücke ihres Berichterstatters aus den westlichen Zonen. „Weil man so oft“, heißt es da u. a., „von Potemkinschen Dörfern gesprochen hat, so will ich von den Potemkinschen Dörfern berichten, die ich bei meiner Reise gesehen habe und die in der westlichen Zone Wirklichkeit sind.“ Der Verfasser erklärt, das Leben in der westlichen Zone sei ein Tanz auf dem Vulkan, alles sei ohne Ordnung und ohne Ziel und niemand wisse, was die Besatzungsmacht im einzelnen wolle. Alle aber seien sich darüber klar, daß sie nur ihren Vorteil im Auge haben. Weiter berichtet er von den geringen Ablieferungen der Bauern, von der Bevorzugung der Bergarbeiter, von Kompensationen usw. Daß aber die Ostzone

dieselben Erscheinungen aufweist, die der Verfasser an der Westzone bemängelt, geht unmittelbar aus einem Bericht des gleichen Blattes hervor: „Schieber gefährden Ernährung in Sachsen“ heißt es da groß und breit, und wir lesen: „Nachgewiesenermaßen sind im zweiten Halbjahr 1947 im Land Sachsen allein im Kleinhandel, ohne Berücksichtigung von Diebstählen auf den Transportwegen, 11 700 t Lebensmittel spurlos verschwunden. Dazu kommen noch 8 000 t, die in der sächsischen Lebensmittelindustrie auf mysteriöse Weise „verlorenggegangen“ sind und 12 350 t, die als „gesellschaftlicher Schwund“ gelten. Allein in 145 überprüften Dresdener Einzelhandelsgeschäften wurden in einem Monat über 62 310 kg Fehlmengen festgestellt, darunter fast 7 000 l Milch, 26 585 kg Mehl, 8 664 kg Fett, 12 439 kg Kartoffeln, 1 430 kg Quark und 1 226 t Marmelade. Das sind unhaltbare Zustände, und es ist nicht zu verstehen, daß sie überhaupt einreißen konnten. Fast will es scheinen, sie werden von einem offenbar sehr weitherigen Ministerium und einer unverzüglich milden und nachsichtigen Justiz als gottgegeben hingenommen. Man fragt sich nur: Sollen das wirklich Schieber sein, oder sind auch da wieder „Reaktionäre am Werk“? ha.

# Sachsens pharmazeutische Industrie

900 Betriebe mit 25000 Beschäftigten

Pharmazeutische Erzeugnisse sind vorwiegend die nicht apothekenpflichtigen sogenannten freiverkäuflichen Heilmittel, Präparate usw. Oft sind den chem. Fabriken pharmazeutische Abteilungen angegliedert, die außer den Heilmitteln auch chemisch-technische und kosmetische Artikel herstellen. Es gehören zu den pharmazeutischen Erzeugnissen ebenso Drogen wie Frischpflanzen-Präparate, Kräutertees und Bedecktrakte, Tinkturen und Salben, Tabletten und Arzneiliche Bonbons, Heilerde und Heilchlamm, Pulver und Puder, Verbandstoffe und Binden, Hustensaft, Rheumamittel, Heftpflaster und Hühneraugenmittel, aber ebenso auch Tierheilmittel, Futtermittel, Viehpflanzmittel, Seuchenschutzmittel, Schädlingsbekämpfung.

Eine leistungsfähige pharmazeutische Industrie ist in der Ostzone, besonders im mitteldeutschen Raum heimisch — am Rande des mitteldeutschen Chemiegebietes. Die chemische Industrie Sachsens umfaßt rund 900 Betriebe mit über 25 000 Beschäftigten und einer Monatsproduktion von ca. 25 Mill. RM. Wichtige Standorte des pharmazeutischen Zweiges sind Leipzig, Dresden-Radebeul, Chemnitz. Nach dem Zusammenbruch schossen in der pharmazeutischen Branche hunderte von Kleinbetrieben wie Pilze aus der Erde. Da diese Betriebe nicht die erforderliche Rohstoffanfertigung gewährleisten, wird eine Konzentration der Erzeugung angestrebt; auch ist ein neues Arzneimittelgesetz in Vorbereitung, das die Arzneimittelherstellung durch Gutachterkommissionen regeln wird. U. a. wird die Vergeudung pharmazeutischer Rohstoffe für die Kosmetik unterbunden werden. Künftig sollen auch durch die allgemeine Genehmigungsfrist nur zuverlässig wirksame Medikamente auf den Markt kommen und fahrende Geschäfte werden von Arzneimittelhandel ausgeschlossen sein.

Die in Leipzig ansässige bedeutende Industrie ist gut beschäftigt; der Produktionswert einzelner Betriebe geht bereits wieder in die Millionen. Bekannte Firmen sind Dr. Gauditz und Arndt GmbH. (Wehr-Erzeugnisse), die jetzt landeseigene Vasenol-Werke, die Otto Stumpf AG, Pitalen Marta Marx KG, Eusan GmbH, Fabrikate Rod. Schubert, „Ewelo“ A.E.L. Stadler, Rudolf Fiedler (Heftpflaster, Hühneraugenmittel, Schnupfen-, Desinfektions-, Frauenarznei-Mittel u. a.), Johr und Co., Emil Hühne, M. Brockmann (Brockmann-Präparate, Stöplingsnahrung, Kalk-Präparate, Vitamin-Aufbau-Präparate, Futtermittelzusatz usw.), Dr. Max Neuhäuser, Panol-Gesellschaft, Schkeuditz bei Lg., Heinz Pröbber, Günter Rührig, Rolin R. O. Lange-Tettenborn-Pharmazie u. a. m. Besonders namhafte Betriebe sind Zinsser u. Co. (Zinsser-Tees, Kräuteressenz, Knoblauch-Tabletten) und vor allem die Arznei-

mittelfabrik Dr. Wilmar Schwabe, Unternehmen zur Herstellung homöopathischer, biochemischer, biologischer Arzneimittel, gegr. 1866, mit einstigen Auslandsniederlassungen in Zaandam und Sao Paulo. Die Monatsproduktion umfaßt über eine Million Arzneimittelpackungen, die ausschließlich für den zivilen Bedarf zur Verfügung stehen; Belegschaft über 600 Leute, darunter 450 Frauen. Die Rohstoffe liefern größtenteils werkeigene Pflanzenkulturen. Auch das Ausland hat großes Interesse an den Erzeugnissen (USA, Indien, Schweiz, Schweden u. a.). Zudem ist Leipzig auch ein alter bedeutender Heilkräutlermarkt mit einer Reihe von Großhandlungen, die z. T. seit über zwei Jahrhunderten hier ansässig sind. In der Vorkriegszeit wurden in Leipzig jährlich zirka 20 000 kg Heilkräuter gesammelt, aber auch der Balkan war Großlieferant von Drogen. Die heimische pharmazeutische Industrie wie auch die Fabriken ätherischer Öle, die ebenfalls in Leipzig und Umgebung (Schimmel u. Co.) stark vertreten sind, verarbeiten diese Heilkräuter in vielfacher Art. Universitätsinstitute unterstützen durch Versuchsarbeiten und Forschungen diesen bedeutenden Leipziger Markt.

In D h l e n (Sachsen) wurde die fortschrittliche Nova-Bits-GmbH. ansässig, die den Markt mit vielerlei Neheiten bereichert wie dem Tonerdin-Präparat, einem wasserlöslichen Pulver zur Selbstbereitung der verknappten essigsäuren

Tonerde in frischem Wasser, ihrer Dent-OM-Mundmedizin, Diät-, Ermüdungs- und Eiweißmangel-Präparate.

In Meißner sind zu nennen: Chem. Fabrik Hertzogwalde GmbH, Mesopharma Chem. Fabrik der Stadt Meißner und die junge Arzneimittel-Fabrik „Drogen-Peipold“, die ihre Produktion, die erst nach dem Zusammenbruch mit zwei Mann anließ, kräftig steigern konnte, so daß zeitweilig bereits 200 Arbeiter beschäftigt werden konnten. Die Firma verfügt über eigene Arzneipflanzenkulturen.

Eine größere Zahl pharmazeutischer Betriebe von Ruf sind im Gebiet von Dresden ansässig. „Pharmakosan“ ist der Hersteller feinsten kosmetisch-pharmazeutischer Erzeugnisse für Gesicht- und Körperpflege. Die bekannte Pharmazie- und Kosmetik-Firma Gross und Co., die schwer beschäftigt ist, ist Hersteller der „Grolotten“-Arzneikräuter-Granulaten als Heil- und Vorbeugemittel in 16 Indikationen. Die Plamol-GmbH., Dresden, ist ebenfalls Herstellerin pharmazeutisch-kosmetischer Präparate. In Klotzsche bei Dresden ist die Sanol-Fabrik ansässig. Badeheul ist die Heimat der „Madausarznei“, deren Herstellerin die Firma Dr. Madus und Co. ist, und in Freital arbeiten das Rhanu-Werk, Chemische Fabrik GmbH, und die weitbekannte Rumbö-Seifen-Werke Gehr. Rumbö. Daneben sind auch im Erzgebirge (Augustsburg, Oberfrohna, Aue, Burgstädt, Chemnitz) nam-

hafte Werke der pharmazeutischen Industrie tätig.

In Mittweida ist die Insulinproduktion angelaufen.

Volks-eigene Betriebe des Landes Sachsen wurden: Biox-Werke, Dresden; Rosodont-Werke, Waldheim (bekannte Mundwasser); Vasenol-Werke, Leipzig; Aqualia-Heilmittel, Görlitz; Chemidropa, Chemnitz; Chemische Fabrik Liebertwolkwitz bei Leipzig; Fettchemie und Fawa-Werke, Chemnitz.

So ist in Sachsen eine umfangreiche pharmazeutische Industrie am Werke. Heil- und Arzneimittel vielfältiger Art herzustellen. Aber auch in den anderen Ostzonen, insbesondere in Thüringen, in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg, sind zahlreiche pharmazeutische Betriebe, z. T. von Wehr tätig, z. T. aber auch erst nach dem Zusammenbruch entstanden.

## Warenverkehr Doppelzone—Frankreich in Dollar

Hfg. Baden-Baden. Wie schon kurz gemeldet, muß vom 1. Mai ab der gesamte Warenverkehr zwischen der Doppelzone und Frankreich in Dollarwerten abgerechnet werden. Die französischen Ausfuhrfirmen stellen also künftig ihre Rechnungen in Dollar aus. Die Hälfte ihres Devisenerlöses aus der Ausfuhr müssen sie, ähnlich wie bei Ausfuhr nach den USA, zum Kurs von 214,40 frs abliefern, die andere Hälfte dürfen sie auf dem freien Devisenmarkt zu 305 frs verkaufen. Andererseits erhalten die französischen Einfuhrhändler die zur Bezahlung der Einfuhren nötigen Dollarbeträge zum Mittelkurs von etwa 260 frs, jedoch gibt die Devisenstelle für die Einfuhr lebenswichtiger Erzeugnisse die Dollarbeträge zum amtlichen Kurs von 214,40 frs an den Einfuhrhändler ab. Anfangs Mai ist auch eine Normalisierung im Handelsverkehr zwischen der Ostzone und Frankreich erfolgt. Es besteht noch kein Handelsabkommen, obwohl schon seit längerer Zeit Bemühungen zum Abschluß eines solchen laufen. Bisher konnten einzelne Geschäftsbereiche nur über die französische Handelsmission in Berlin getroffen werden. Nun können die französischen Firmen sich unmittelbar mit den Außenhandelsfirmen der Ostzone verständigen, wobei die Verrechnung der Geschäfte ebenfalls in Dollar erfolgen muß. Aus der Ostzone wünscht Frankreich vor allem Schreibmaschinen, optische Instrumente, technische Glaswaren und Maschinenersatzteile einzuführen. Die Beziehungen der französischen Wirtschaft sind auf der letzten Leipziger Messe etwas fester geknüpft worden.

## Verführte Bilanz

Die Bilanzen der großen Unternehmen werden nach der Währungsreform für die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung wieder ihr besonderes Gewicht erhalten. Wenn jedoch heute bereits eine der etwa 25 aus den westdeutschen Eisen- und Stahlkonzernen herausgelösten neuen Gesellschaften, die unter der Obhut der norddeutschen Eisen- und Stahlkontrolle stehen, die erste Bilanz vorlegte, so darf dies ohne Zweifel als verführt bezeichnet werden — nicht nur weil das Zahlenwerk nur 2 Monate umfaßt, sondern auch weil die vorgelegte Bilanz noch keineswegs allen Erfordernissen entspricht, die ja wieder an die Publizität gestellt werden müssen. Leider mußte sich die entflohenene Gesellschaft — es handelt sich um die aus dem Thyssen-Bornemica-Konzern ausgegliederte Stahl- und Röhrenwerk Reicholds AG, Düsseldorf — an ein von der Treuhandverwaltung aufgestelltes Bilanzschema halten, so daß alle Fragen, die mit der Entflechtung der nordwestdeutschen Eisenindustrie zusammenhängen, unbeantwortet geblieben sind. Man erfährt, daß die Konzernkassen der Gesellschaft ein Darlehen von 4 Mill. RM gewährt hat, dessen Laufzeit auf zwei Jahre berechnet ist. Im übrigen werden für die beiden Monate des Geschäftsberichtes (August und September 1947) 250 000 RM als Verlust ausgewiesen, der von der Treuhandverwaltung übernommen wird. Diese Mitteilung ist allerdings, obwohl nicht anders erwartet werden konnte, recht unzufrieden, weil damit zum ersten Mal klar und deutlich bestätigt wird, daß die nordwestdeutsche Eisen- und Stahlindustrie zwar aus der Vertikalverflechtung herausgenommen worden, dafür aber in einen horizontalen Konzern hineingeraten ist, dessen Marktpositionen heute schon viel größer sind als die eines anderen früheren Konzerns der Eisen- und Stahlindustrie. Da jedoch die Konstruktion der Treuhandverwaltung für die Eisen- und Stahlindustrie auch nach der Auffassung der Besatzungsmächte noch keineswegs als endgültig anzusehen ist, und da ferner die Finanzierungsfragen der neuen Eisen-gesellschaften und ebenso die Eigentumsverhältnisse noch völlig ungeklärt sind, wäre es zweifellos besser gewesen, mit der Bilanz noch einige Zeit zu warten, zumal da die Währungsreform offenbar kurz bevorsteht und es überdies die Kapazität des genannten Werkes noch zu 60 % durch britische Truppen-einheiten ausgefüllt wird. Ein klares, für die Wirtschaft aufschlußreiches Bild wird sich erst dann ergeben, wenn alle diese Unsicherheitsfaktoren ausgeschaltet sind.

## Vor der Exportmesse in Hannover

Ausstellerzahl um 50% höher als 1947

Hannover. Die Exportmesse in Hannover vom 22. Mai bis 6. Juni wird ihrem Umfang und ihrer Zusammensetzung nach ein anderes Bild als im Vorjahr haben. Das Angebot hat sich mehr auf die Zweige verlagert, die heute noch auf dem Weltmarkt gute Chancen haben: Zu Eisen- und Stahlverformung, zu Optik und Feinmechanik, dagegen wird die Bedeutung des Spielwarenangebots, des Schmucks, der Musikinstrumente und der Sportgeräte auf der diesjährigen Messe zurücktreten. Vor allem aber gibt die Messe nun wirklich einen Querschnitt durch die Exportwirtschaft der Doppelzone. Qualität und Quantität des Angebots werden mehr der Exportkapazität der Länder entsprechen, während auf der vorjährigen Messe noch das lokale niedersächsische Angebot den Schwerpunkt bildete. Infolgedessen führt der Zahl der Aussteller nach in diesem Jahr Nordrhein-Westfalen mit 25 1/4 (1947 nur 23 1/4) vor Niedersachsen mit 16 1/4 (27 1/4), Bay-

ern 15 (3), Berlin 11 (15), Württemberg-Baden 10 (6), Hessen 10 (5), Hamburg 7 (12), Schleswig-Holstein 4 (7) und Bremen 2 (2 1/4).

Die quantitative Veränderung wird gekennzeichnet durch die Zunahme der Aussteller von 1298 auf der vorjährigen Herbstmesse auf 1945 in diesem Jahr. Am stärksten berührt ist wie im Vorjahr Textil und Bekleidung mit 390 Ausstellern. Es folgen die Gruppen Kunsthandwerk, Kunstgewerbe, Schmuck, Spielwaren und Sport mit 298, Eisen- und Stahlverformung mit 227, Maschinenbau mit 171, Schuhe und Lederwaren mit 139, Fahrzeugbau mit 156, Elektro- und Radioindustrie mit 136, Feinmechanik und Optik mit 121, Chemie, Pharmazie und Kosmetik mit 107, Bürobedarf, Druck und Papier mit 97, Glas und Porzellan mit 84 Ausstellern. Einkäufer werden 4—5000 erwartet, davon 900 aus England, 655 aus Holland, 611 aus Belgien und je etwa 500 aus Schweden und der Schweiz.

In der Textilindustrie ist besonders zu erwähnen die starke Beteiligung der Berliner Bekleidungshäuser, die 87 Stände belegt haben und große Anstrengungen unternommen haben, ihre bisherige Vorherrschaft auf dem Gebiete der Mode und Konfektion zu behaupten. Maschinenbau, Eisen- und Stahlverformung ist naturgemäß die Domäne Nordrhein-Westfalens. In der Eisen- und Stahlverformung hat Nordrhein-Westfalen mit 105 Ständen nahezu die Hälfte belegt, was besonders auf die zahlreichen Meldungen der Solinger Schneidwarenindustrie zurückzuführen ist. Die nach Frankfurt/Main verlagerten ehemaligen Leipziger Rauchwarenfirmen werden quantitativ gut vertreten sein. Das Zentrum der Lederwarenindustrie, Offenbach, dürfte in einigen Berliner Firmen die stärksten Konkurrenten haben. Pforzheim, Hanau und Schwab-Gmünd werden nach wie vor der Schmuckwarenindustrie das Gepräge geben; Gabling macht sehr große Anstrengungen, doch stellen die Süddeutschen traditionenmäßig mehr Massenartikel und Glaswaren her. Das Kunsthandwerk hofft durch Gemeinschaftsstände die bevorstehenden schweren Existenzkämpfe zu erleichtern. Auch das Handwerk des Landes Hessen ist mit einer solchen Gemeinschaftsausstellung vertreten. Ferner sind Modeschauen vorgesehen und eine Rassenschau bekannter Züchter, die die Ausfuhr von Rasschunden wieder in Gang bringen soll.

Die Abschlüsse werden erst dann genehmigt, wenn die Vertretung der ausländischen Staaten auf der Messe die Importlizenzen gegeben haben. Man hofft, daß der einheitliche Reichsmarkkurs von 30 Dollarrenten auf der Messe noch keine Anwendung findet. Bei einer Zugrundelegung des einheitlichen Reichsmarkkurses wären viele Branchen nicht mehr wettbewerbsfähig.

Aus der großen Zahl der Messenonheiten seien einige Uhren hervorgehoben. Sie geben zugleich für verschiedene Punkte der Erde die Zeit und das Datum. Eine seigerlose Uhr zeigt nach dem Prinzip des Abreißkalenders auf Zeitblättchen, die alle Minuten abfallen. Die Zeit an. Ein Schlittschuh ist zugleich als Rollschuh verwendbar. Ein Liliput-Dieselmotor vermag Spielzeug aller Art zu treiben, beispielsweise Flugzeuge bis zu 2,50 m Spannweite und Boote bis zu 1 m Länge. Er wiegt nur 290 g und hat eine Leistung von 0,16 PS. Dr. A.

## Conti-Gummi wieder zu 45% ausgenutzt

Buna soll durch Naturkautschuk ersetzt werden

Hwg. Hannover. Die Produktion der Continental-Gummi-Werke AG. hat sich seit dem vergangenen Jahr so entwickelt, daß augenblicklich wieder 45 % der Betriebsanlagen ausgenutzt sind. Außer dem Hauptwerk in der Vahrenfelderstraße in Hannover arbeiten die Zweigwerke Limmer, Stöcken und Korbach (Waldeck). Das Stammwerk in Hannover wurde kurz vor Kriegsende so stark zerstört, daß anfänglich ein Wiederaufbau nicht beabsichtigt war. Heute ist ein großer Teil dieser Werkanlagen wiederhergestellt. Die während des Krieges auf 18 000 Arbeitskräfte angewachsene Belegschaft schrumpfte nach der Kapitulation auf 800 Mann zusammen. Augmentlich beschäftigt die Continental wieder rund 10 000 Arbeitskräfte. Damit ist der Stand von 1921 erreicht. Erweiterungsmöglichkeiten sind durchaus gegeben, werden durch den Mangel an Arbeitskräften zunächst aber unmöglich gemacht. Das Werk ist dazu übergegangen, bei den Arbeitsämtern der Randgebiete Hannovers zusätzliche Kräfte zu werben, die mit Kraftwagen aus einer Entfernung bis zu 50 Kilometern herangeholt und täglich wieder zurückgebracht werden. Die Kosten für diese Transporte belaufen sich auf monatlich 65 000 bis 70 000 RM.

Die Produktion der Continental-Werke belief sich im vergangenen Jahr auf rund 370 000 Autoreifen und 1,1 Mill. Fahrradreifen. Außerdem werden Transportbänder für den Bergbau, Preßluftschläuche, Erzeugnisse für den Unterbau- und Überbau, Gummibühnen, Reparaturmaterial und Gummiswaren für Technik und Gesundheitswesen hergestellt. Das Werk Korbach ist neuerdings außer der Fahrradreifen-Produktion auch zur Herstellung von Autoreifen übergegangen. Bis Ende 1948 soll die Produktion von 1947 um etwa 50 % gesteigert sein. Die langsame, aber stetige Aufwärtsentwicklung zeigt folgende Kurve: 1945 wurden 5 100 t Gummiwaren verarbeitet; 1946 betrug die Produktionsmenge 18 500 t und stieg 1947 auf rund 20 000 t Fertigware, obwohl die Kohlen- und Stromkrisen eine demotivierende totale Stilllegung der Werke zur Folge hatte.

Zur Rohstofflage sagte Direktor Fellingner anlässlich einer Werksbesichtigung, daß bis 1947 fast ausschließlich synthetischer Kautschuk verarbeitet wurde. Der Anteil an Naturkautschuk betrug beispielsweise 1946 für die Reifenproduktion 81 und für technische Gummiwaren sogar 99 Prozent. Im vorigen Jahr begann die Umstellung auf das Naturprodukt. Heute ist die gesamte Fabrikation zu über 90% wieder auf Naturkautschuk eingestellt. Es ist damit zu rechnen, daß noch im Laufe des Jahres die Stilllegung der einzigen Buna-Fabrik der britischen Zone in Hüll erfolgen wird. Allerdings glaubt die Kautschukindustrie bei gewissen Artikeln auf die Verwendung von Buna nicht verzichten zu können.

Die Verteilung der Reifenproduktion erfolgte 1947 nach folgendem Schema: 1. Forderungen der Militärregierung, 2. Export, 3. Erstausrüstung der Fahrzeug-Hersteller, 4. interzonale Verpflichtungen für die russische und französische Zone, 5. Bergbau, Post und Eisenbahn. Die Besatzungsmacht erhielt 23%, die Fahrzeug-Hersteller 26%, russische und französische Zone 4%, Bergbau, Post und Bahn 17% und ziviler Sektor 30% der PKW-Reifen-Produktion. An schweren Lastkraftwagen-Reifen erhielt die Besatzungsmacht 2, die Fahrzeug-Hersteller 20, Bergbau, Post und Bahn 26 und der zivile Sektor 52% der Gesamtproduktion. An leichten Lastwagen-Reifen fielen 3% an die Besatzungsmacht, 10 an die Fahrzeug-Hersteller, 23 an die russische und französische Zone, 19 an Bergbau, Post und Bahn, und 45% an den zivilen Sektor.

Der angehaltene Export stützt auf die üblichen Schwierigkeiten. So hat die Forderung, daß in US-Dollar bezahlt werden muß, zur Annullierung der Aufträge aus Schweden, Dänemark und Norwegen geführt. Von den Lieferaufträgen der Hannoverischen Messe konnten nur die Orders einiger weniger Länder, die über Devisenbestände verfügten, erledigt werden. Die Auslandsvertriebsorganisation der Continental konnte dagegen fast wieder im Vorkriegsumfang aufgebaut werden.

**WESTLAND-CHEMIE**  
MÜNSTER/WESTE  
Tel. 41870 Postfach 350

**Zement-Oxyd-Farben**  
gelb, braun, rot, schwarz

**Quarz-Stein-Schiefer-Mehle**

**Erdweiß-Westland** gemahlen u. in Stücken  
(gleichwertig wie Kreide, Krollin, Kieselgur)

---

EIN ERZEUGNIS DEUTSCHER FORSCHUNG

  
**Astin**  
VITAMIN-NÄHRGALZ-FUTTER  
fördert die Entwicklung von Groß- und Kleinvieh

Alleinhersteller: **Arthur Ast, Giessen/Hessen**  
gegründet 1923

---

 **TEXTIL-GROSSHANDLUNG**

**KURT KRUTHOFFER**  
IMPORT EXPORT

(RM) **SCHRAMBERG/SCHWARZWALD**

**BALD WIEDER VOLL LIEFERFÄHIG!**

# Deutschlands Handel mit Benelux

### Vor neuen Handelsabkommen

Mfz. Baden-Baden. Zwischen der französischen Zone und der belgisch-luxemburgischen Union besteht ein Warenabkommen, das am 31. Juli 1947 unterzeichnet worden ist.

Seitdem haben verschiedentlich Besprechungen der beiderseitigen Delegationen über die Durchführung dieses wichtigen Abkommens stattgefunden, die letzte im März 1948. Dabei sind von beiden Seiten genau formulierte Wünsche für den Bezug und die Lieferung von Erzeugnissen aus den beiden Ländern festgelegt worden. In einer Liste, welche diejenigen Erzeugnisse enthält, welche aus der französischen Zone nach Belgien und Luxemburg ausgeführt werden können, befinden sich u. a. 17.200 t Tonerde, 5.500 t feuerfester Ton, 500 t Emaille-Erde, 1.800 t Phenolith, 3.100 t Feldspat von Birkenfeld, 1.000 t Sulfat und Baryt, 600 t Bausteine aus Kieselerde, 3.000 t Bausteine aus Kiesel-Aluminiumerde und 3.000 bis 5.000 t Zinkminerale für Veredelungsarbeiten. In diesem Fall soll Belgien—Luxemburg als Bezahlung für die Zinkminerale Rohzink an die französische Zone zurückliefern. Belgien und Luxemburg haben darüberhinaus ihre Lieferwünsche für Bausteine aus Kieselerde auf je 10.000 t angegeben. Die Liefermöglichkeiten durch die Zone werden noch geprüft. Obgleich sind die angegebenen Mengen nur Mindestmengen, die nach Möglichkeit erhöht werden sollen. Außerdem befinden sich in der Aufnahmefähigkeit der französischen Zone 200 bis 300.000 cbm Nadelholz für 1948, ferner 300 t Tapetenpapier in Rollen und Bogen. Dagegen sind die Wünsche nach Lieferung von Zeitungspapier nach Belgien noch zurückgestellt worden. Sie sollen bei der nächsten Zusammenkunft noch einmal geprüft werden. Interessant ist der belgische Wunsch, aus der Zone landwirtschaftliche Maschinen im Werte von 10 Mill. belg. Francs zu erhalten, nach Möglichkeit aber noch mehr. An Nadeln ist die Lieferung von 4 Mill. Stück festgelegt worden. An chemischen Erzeugnissen wünscht Belgien aus der Zone 500 t technischen Harzstoff, 80 t Anilin-Farbstoff und 50 t Gelatine zur Herstellung fotografischer Lösungen. Der belgische Wunsch nach Lieferung von 10.000 t Reinigungsmasse führt von den Transport- und Verladungsmöglichkeiten ab. Belgien wünscht ferner Eisenschrott für Hochöfen, dessen Liefermöglichkeit zuerst jedoch noch geprüft wird. Für die belgische Textilindustrie sollen 50 Mill. Stück Nadeln für Filzherstellungsmaschinen aus der Zone geliefert werden, sowie 50 Mill. Stück Herbolnadeln. Schließlich hat die belgische Delegation die Lieferung von 600 t Aluminium-Halbfertigwaren vorgeschlagen.

In einer zweiten Liste sind diejenigen Erzeugnisse aufgeführt, welche Belgien und Luxemburg nach der französischen Zone zu liefern bereit sind. Es handelt sich z. B. hierbei um 400 t Fettsäuren in Form von Stearinsäure und Fettalkohol,

800 t Sulfat von Industriesoda, 250 t Kupferchloroxyd, 600 t Kalkcitrat, 1000 t Rohzink, 1500 t Kupfer für elektrotechnische Zwecke, 300 t halbfertige Waren in Kupfer, 100 t Rohzinn, ferner 150 t Sohlenleder und 10.000 t Speisekartoffeln. Die Liefermöglichkeiten Belgiens und Luxemburgs nach der Zone gehen aber noch weit über diese Mengen hinaus; so hat die belgisch-luxemburgische Delegation die Ausfuhr nach der französischen Zone von 6000 t Kupfersulfat, 100 t Borax, 10.000 t Doppel-Kalkphosphat für Düngewecke, 10.000 t Superphosphat, ferner aber 150 bis 200 t Baumwolle aus dem Kongo, ferner Maniok-Mehl, getrocknete Erbsen, Rohgummi aus dem Kongo vorgeschlagen, ferner von Lammfellern, Ziegen- und Hammelfellen für Futter, Leder- und Chromabfällen, sowie Pferde-

land als eine der Voraussetzungen für eine Gesundung der westeuropäischen Wirtschaft bezeichnet worden. Eine große Anzahl Artikel, in denen besonders in den Niederlanden Bedarf besteht, kann nur in Westdeutschland gekauft werden, da mehr als die Hälfte des gesamten Produktionsapparates der holländischen Industrie aus Deutschland stammt. Andererseits sind die Benelux-Länder daran interessiert, wieder ihre traditionellen Ausfuhrwaren nach Deutschland zu liefern, um damit ihre Einkünfte zu bezahlen. Die scharfen Einfuhrbeschränkungen der Besatzungsbehörden haben bisher einen Export von Benelux-Erzeugnissen in die britisch-amerikanische Zone unmöglich gemacht. Holland und Belgien müssen daher ihre Warenbezüge aus der Doppelzone in Dollar begleichen, in denen bekanntlich Mangel besteht. Im vergangenen Jahr importierten die Niederlande für 23,7 Mill. Dollar aus der Doppelzone und exportierten nur für 2,4 Mill. Dollar. Belgien erhielt für 14,7 Mill. Dollar aus der Doppelzone und konnte nur für 0,87 Mill. Dollar dorthin ausführen, während Luxemburg für 20,1 Mill. Dollar bezog und überhaupt keine Lieferungen tätigte. Die Industrien der Nachbarländer können nicht warten, bis der heutige Zustand der Handelsbeschränkungen sich ändert und versuchen inzwischen, ihren Bedarf auf anderem Wege zu decken. Zum Teil werden Erzeugnisse, die früher in Deutschland gekauft worden sind, von den eigenen Industrien hergestellt. Vor allem in den Niederlanden sind seit Ende

## Doppelzone

Aus Anlaß der Kölner Frühjahrsmesse war eine Anzahl führender Wirtschaftsvertreter aus den Benelux-Ländern in Köln. Die Besprechungen hatten den Zweck, die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen neu zu beleben, die von jeher von großer Bedeutung waren. Die Benelux-Länder nahmen vor dem Krieg rund 15% des gesamten deutschen Exports auf und lieferten andererseits etwa 7,5% der deutschen Einfuhr. Von den Regierungen der Benelux-Länder ist verschiedentlich auf den westeuropäischen Konferenzen eine Wiederbelebung des Handelsverkehrs mit Deutsch-

## Marshall-Hilfe und Sterlingblock

dem britischen Imperium Hinderungen in den Weg legte. Wenn die USA nunmehr die Existenzberechtigung des Sterlingblocks bezweifeln, so deswegen, weil er in den letzten Jahren Englands Dollarreserven sehr stark belastet hat und man sogar befürchtet, daß Englands Anteil an der Marshall-Hilfe gefährdet ist. Der Handel zwischen den Sterlingländern und den Dollarländern schloß 1947 mit einem Unterbilanz von 1 Mrd. £ ab, von denen allein auf Großbritannien 600 Mill. entfielen. Ein wesentlicher Teil jener Dollarbeträge, die sich Großbritannien verschaffte, um seine eigene Wirtschaft wieder aufzubauen, soll den anderen Ländern des Sterlingblocks zu gleichem Anteil aber lief mit diesen Abzügen parallel, daß auch die anderen Sterlingländer, die gemeinsam Gold- und Dollarreserven überlegen und während der Kriegsjahre angesammelte Pfundguthaben in Dollars zurückzahlen. Eine Erklärung für Englands chronische und sich ständig verschärfende Dollarlücke dürfte in diesen Sterlingkriegsschulden liegen. Die USA scheinen nun willens zu sein, gewisse Garantien dafür zu verlangen, daß die Marshall-Hilfe auch wirklich Großbritannien zugute kommt und nicht weiterhin an Englands Kreditoren innerhalb des Sterlingblocks abfließt. Andererseits hat der Sterlingblock für die europäische Wiederaufbauarbeit eine große Bedeutung und sein gänzliches Verschwinden würde die Aufrechterhaltung geordneter Valutaverhältnisse sehr erschweren. Seine Aufgabe wird es außerdem sein, noch bestehende Valutahinderungen zu beseitigen und leichtere Zahlungsmöglichkeiten zwischen den einzelnen Ländern herzustellen. Dazu muß aber verhindert werden, daß Kriegsschulden den Sterlingländern allzu schnell den Weg durch Rückzahlungen in die Dollarländer finden und die Unterbilanz der Sterlingländer, die aus den Kriegsjahren stammen, immer gleich konvertiert werden. Es wäre bereits zureichend, wenn die englischen Kriegsschulden im Sterlingblock verbleiben und dort fundiert würden. Das scheint aber auch eine wirklich notwendige Voraussetzung zu sein, daß Marshall-Hilfe und Sterlingblock sich vorteilhaft lassen.

## UdSSR: Ruf nach Rentabilität

### Auch dort „aufgeblähte Apparate“

Die russische Presse beschäftigt sich in der letzten Zeit auffallend lebhaft mit der leichtfertigen Ausgabe öffentlicher Gelder, und packt an Hand von Beispielen einige Kombinate und Kontore ziemlich scharf an. So heißt es in der „Pravda“ u. a., daß im Fleischkombinat von Wilna nach dem Etat in der Buchhaltung sieben Personen tätig sein sollen, in Wirklichkeit aber elf Angestellte dort arbeiten. Ohne jede Notwendigkeit wurde eine besondere „Rohstoffabteilung“ geschaffen, in der sich auf dem Posten eines ausgebildeten Tierfachmannes ein einfacher Agent für die Materialbeschaffung befindet. Der Mann, der nur das gelieferte Geflügel in Empfang zu nehmen hat, zählt als „Chef der Geflügelabteilung“. Einmal „Chef“ bekommt er auch das Gehalt eines solchen. Der Verwaltungsapparat ist aufgebläht. Er besteht aus neun Personen, obwohl die Arbeit mit Leichtigkeit von drei bis vier Personen erledigt werden könnte. Die staatliche Etatkommission hat nun dieser Sache ihre Aufmerksamkeit zugewandt und dem Etat jenes Fleischkombinates revidiert. Sie hat dabei das gesamte Personal um 26 Personen verringert, ohne jeden Schaden für den Betrieb. Dieser Fall sei aber hier nicht einzeln, meint das Blatt und schreibt: „Wie die Debatte in der letzten Sitzung des Obersten Rates der UdSSR gezeigt hat, gewinnt die Frage der Rentabilität und der Wirtschaftlichkeit der Betriebe große staatspolitische Bedeutung. Durch eine Überprüfung der Etats könnten zweifellos viele, viele Millionen Rubel für den Staat gespart werden. So berichtete der Deputierte Smirnow in seiner Sitzung, daß im Distrikt Pensa eine Anzahl von Beschäftigungskontoren besteht, die einen viel zu sehr aufgeblähten Etat haben. Da geht es das Tabakbeschaffungskontor. Es habe in einem halben Jahr an Löhnen 228.000 Rubel ausgezahlt, habe aber nur für 63.000 Rubel Rohware beschafft. Das Kontor für Geflügelverarbeitung habe in einem

## Erhöhte Produktion — geringe Verteilung

London. Die Warenhäuser in England sind überfüllt mit Kleidern, Mänteln, Schuhen usw. Die Vorräte sind im Durchschnitt um 75% größer als im März des Vorjahres und fast doppelt so groß wie im Monat März 1946. Nach Ansicht der Geschäftslente ist nicht etwa mangelnde Kaufkraft daran schuld, sondern allein das Rationierungssystem. Dazu schreibt die „Daily Mail“ u. a.: „Aus Furcht, daß später nicht genügend Waren für den Export vorhanden sein könnten, weigert sich die Regierung, die aufgestapelten Waren freizugeben. Mit welchem Erfolg? Die Waren lagern so lange in den Warenhäusern, bis sie verrotten und unmodern werden und sie kein Mensch mehr haben will, nicht einmal mehr die deutschen Frauen. So etwas kann sich nur unter dem Rationierungssystem und unter der geplanten Wirtschaft ereignen. Die Rationierung mancher Güter ist noch notwendig, aber die gegenwärtige Regierung benötigt dieses System für ihre eigenen Zwecke. Das Rationierungssystem entbehrt die Regierung unerwünschter Risiken und erfordert keine Privatinitiative. Aber England benötigt weniger Coupons und mehr Bargeldhandel; weniger Einschränkungen und mehr Waren; weniger Planung und mehr freies Unternehmertum.“

Von den Benelux-Ländern wird der baldige Abschluß von Handelsabkommen mit der Westzone angestrebt. Die bisher mit den Vertretern der Militärregierung stattgefundenen Verhandlungen haben zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt. Gegenwärtig werden nun Vorbereitungen getroffen, um neue Besprechungen über Handelsverträge mit den Benelux-Ländern in absehbarer Zeit einzuleiten. Von den zuständigen deutschen Stellen werden auf Veranlassung der Militärregierung Vorschläge für eine Wiederbelebung des Handelsverkehrs mit den Nachbarländern ausgearbeitet.

## Schwedens Roheisen-Eigenerzeugung steigt

Die schwedische Eigenerzeugung an Roheisen erreichte im vergangenen Jahr 695.000 t (1946: 678.000). Von der Produktion des Jahres 1947 entfielen 425.000 t auf Kokisroheisen, 270.000 t auf Holzkohle-Roheisen (1946: 334.000 und 344.000 t). Der Rückgang in der Erzeugung von Holzkohle-Roheisen war eine Folge des Mangels an Holzkohle. Eingeführt wurden 1947 rund 130.000 t Roheisen, in der Hauptsache aus den Niederlanden, Polen, Norwegen und der Türkei. Im gleichen Zeitraum wurden 16.000 t Holzkohle-Roheisen ausgeführt. Die Versorgung mit Brennstoffen, Eisenschrott und Legierungsmetallen hat sich gegenüber dem Jahre 1946 gehessert, wenigstens die großen amerikanischen Schrottkäufe in Europa die Deckung des schwedischen Bedarfs in letzter Zeit wieder erheblich erschweren. Die Erzeugung von Walzwerkserzeugnissen ging im vergangenen Jahre von 849.000 t auf 820.000 t zurück, was ausschließlich dem Mangel an Arbeitskräften und deren hohem Wechsel, insbesondere während der Sommermonate zugeschrieben wird. Rückläufig war vor allem die Herstellung von starken und mittleren Blechen, Stangen, Träger und Winkelisen. Andererseits ist eine fortschreitende Umstellung auf Qualitätszeugnisse festzustellen, deren Anteil an der Gesamtproduktion gegenüber 1946 sich von 29 auf 36% erhöhte.

Infolge einer kräftigen Einfuhrsteigerung war die Versorgung mit Walzwerkserzeugnissen trotz der rückläufigen Eigenherstellung günstiger als 1946. Im Durchschnitt der Jahre 1936/39 hatten dem schwedischen Markt rund 1.641.000 Tonnen zur Verfügung gestanden. Diese Menge stieg von 1946 auf 1.250.000 t und 1947 auf 1.433.000 t. Trotz dieser Steigerung herrscht ebenso wie in den vorangegangenen Jahren ein fühlbarer Mangel an bestimmten Eisen- und Stahl-erzeugnissen. Die Ausfuhr an Eisen und Stahl betrug im gleichen Zeitraum 124.000 gegen 128.000 t in 1946 und 347.000 t in 1938.

## Schweden — Spanien

Die sechs führenden schwedischen Firmen für Kompensationsgeschäfte haben sich dieser Tage unter Leitung der bekannten SUKAB (schwedische Außenhandelskompensations-A.G.) in Stockholm zusammengeschlossen, um das spanische Geschäft zu erleichtern und auszubauen. Diese sechs Firmen verfügen über eine Globalkompensationsgenehmigung in Höhe von je 23,19 Mill. \$kr in beiden Richtungen, so daß hierdurch ein Gesamtvolumen von 46,4 Mill. \$kr für den schwedisch-spanischen Warenaustausch gesichert erscheint.

## Hoher BMW-Preis

Nach schwedischen Pressemitteilungen wird das BMW 1948 Luxusmodell in Schweden zum Preis von 14.000 \$kr angeboten. Luxusmodelle der USA sind in Schweden für etwa 9.000 \$kr zu haben.

## Erhöhte Umsätze in der Industrie

Die Elektrizitätswirtschafts Aktiebolaget berichtet über eine Erhöhung ihrer Fabrikation in Schweißmaschinen, deren Export kürzlich aufgenommen ist. Die neue Aggregate-Fabrik dieser Gesellschaft deckt fast den gesamten schwedischen Bedarf. Die dem schwedischen Unternehmen gehörenden deutschen Werke in Finsterwalde, die Kjellberg Elektroden & Maschinen GmbH, sowie deren Tochtergesellschaft, die Finsterwalder Maschinen GmbH, arbeiten zur Zeit mit ungefähr 1500 Arbeitern und Angestellten. Die sowjetische Militär-Administration erwägt die Rückgabe der Verwaltung an die Gesellschaften. Die Tochtergesellschaft in Dänemark hatte ein Rekordjahr zu verzeichnen. Die britische Anglo-Swedish-Electric-Welding Co. Ltd. war gut beschäftigt, doch hatte sie auch unter Rohmaterialmangel zu

leiden. Der Gesamtumsatz des Konzerns belief sich letztes Jahr ohne Deutschland auf 31 Mill. \$kr.

Die Industriegesellschaften Skandinavien verzeichnen für das Jahr 1947 in ihren Geschäftsberichten wesentlich erhöhte Umsätze, aber z.T. niedrigeren Reingewinne. Am besten hat in Schweden die AB Custos, Stockholm, abgeschnitten, die eine reine Aktien-Holding ist. Bei ihr stieg der Reinerlös um 25% auf 3,26 Mill. Kronen. — Der Umsatz des Konzerns Svenska Metallverken AB Västerås stiel 1947 um 17%. Da sich aber die Rohstoffkäufe verteuerten und die Steuern erhöhten, sank der Reingewinn von 3,86 auf 3,44 Mill. Kr, woraus unverändert 9 1/2% Dividende verteilt werden. — Einen anderen Grund für die Verminderung des Reingewinns gibt die bekannte Telefon AB L. M. Ericsson an. Dort sind die Lohnaufwendungen von 31,9 auf 35 Mill. Kr gestiegen. Aber der Reingewinn hat sich nicht um diesen Mehrbetrag vermindert, sondern nur von 7,4 auf 6,5 Mill. Kr, woraus wieder 7% Dividende verteilt werden. — Bei der Svenska AB Gasaccumulator, Stockholm, erhöhte sich der Bruttoumsatz um 12% aber durch Verschlechterung der Gewinnspanne von 4,33 auf 3,53 Mill. Kr zurück. Die Ströms Bruk AB, Hudiksvall, konnte ihren Reingewinn für 1947 von 2,61 auf 2,74 Mill. Kr erhöhen und auf das von 12 auf 15 Mill. Kr erhöhte Kapital die gleiche Dividende von 8% verteilen. Die Skanska Zement AB Malms herichtet, daß der Zementverbrauch in Schweden seit 1939 um 35% gestiegen sei; 40 erzielt einen Reingewinn von 2,1 Mill. Kronen und verteilt wieder 7% Dividende.

Wesentlich bessere Abschlüsse werden aus Dänemark gemeldet. So konnte die Dansk-Franske Dampskibsselskab Kopenhagen, ihren Reingewinn von 2,54 auf 6,8 Mill. Kr erhöhen, woraus 11,5% Prozent Dividende verteilt werden. Die Dansk Svovlsyre og Superphosphat Fabrik, Kopenhagen, erhöhte ihren Reingewinn von 1,8 auf 2,0 Mill. Kr. Einen Rekordumsatz erzielte die Nordiske Køl- og Trædfabrik, Kopenhagen, der Reingewinn erhöhte sich (zum Teil durch eine Versicherungsleistung und aus dem Gewinnvortrag) von 3,76 auf 7,31 Mill. Kr. Die Dividende beträgt 12%.

## Schuldentilgung der dänischen Nationalbank

Nach dem Jahresbericht der Dänischen Nationalbank für 1947 konnten die Staatsschulden aus der Besatzungszeit um weitere 1018 Mill. dkr vermindert werden. Die Maßnahmen zur Beseitigung des Geldüberflusses sollen im Laufe dieses Jahres weiter zur Schuldensenkung beitragen. Im Zuge der in Kraft befindlichen Bestimmungen wird ein Rückgang um 2 Mrd. dkr erwartet, jedoch dürfte der Gesamtgoldbestand bis Ende dieses Jahres kaum unter 5 Milliarden dkr gedrückt werden können. 1945 wies die Nationalbank ein Devisenguthaben von 92 Mill. dkr aus, das sich 1946 in eine Schuld von 483 Mill. dkr verwandelte, die im letzten Jahr bis auf 701 Mill. dkr stieg, bis Jahres-schluß aber wieder auf 667 Mill. dkr fiel.

## 191,57 dän. Kr. = 100 RM

Ein grundlegendes Urteil über die Umrechnung deutscher Forderungen wurde vom dänischen obersten Gerichtshof verkündet. Der Treuhänder für das beschlagnahmte deutsche Eigentum hatte gegen einen Kurs von 48 dkr für 100 Reichsmark geklagt, der von den Besatzungsmächten für eine im Krieg entstandene Schuld festgelegt wurde. Der Gerichtshof stellte fest, daß nach dem Clearing-Kurs von 191,57 dkr für 100 Reichsmark umgerechnet werden muß.

# Europas industrielle Erholung

## Unterschiedliche Entwicklung nach den Weltkriegen

Eine Untersuchung der ECE (Economic Commission for Europe) über die gegenwärtige wirtschaftliche Situation Europas befaßt sich u. a. mit der industriellen Nachkriegsentwicklung der wichtigsten europäischen Länder.

Verglichen mit dem letzten Friedensjahr 1938 hat sich die industrielle Produktion (einschl. Bergbau, Handwerk und Bauwerke) der meisten Länder seit Kriegsende überraschend schnell erholt. In der zweiten Hälfte des Jahres 1945 waren 60% des Vorkriegsdurchschnitts erreicht, Ende 1946 bereits 68%, dann ließ jedoch das Tempo der Aufwärtsbewegung etwas nach, so daß fast zwei Jahre nötig waren, um bis Ende 1947 auf den Stand von 86% zu kommen. Die nachstehende Tabelle zeigt, wie unterschiedlich dieser Gesundungsprozess in den einzelnen Ländern vorstatten ging. Von 14 untersuchten Ländern (außer Deutschland) weisen im 3. Vierteljahr 1947 allein acht einen Produktionsindex von über 100 (1938 = 100) auf; an der Spitze liegt Bulgarien mit 149, mit Abstand gefolgt von Irland mit 113, Großbritannien mit 109 und Dänemark mit 108. Von Deutschland (drei Westzonen) abgesehen, für das ein Index von 37 errechnet wurde, liegen Griechenland mit 71, Italien mit 76 und Finnland mit 81 am weitesten unter dem europäischen Durchschnitt.

Land	1946		1947	
	I. III.	IV.	I. III.	IV.
Belgien	77	85	99	102
Bulgarien	95	109	134	149
Dänemark	95	83	93	108
Deutschland				
(3 Westzonen)	22	24	31	37
Finnland	45	64	71	81
Frankreich	75	80	82	94
Griechenland	44	55	61	71
Großbritannien	101	102	130	115
Irland	103	112	130	114
Italien	34	55	65	76
Niederlande	42	48	76	83
Norwegen	93	103	95	110
Polen	71	77	80	80
Schweden	101	100	102	104
Tschechoslowakei	70	70	87	87
Insgesamt				
einschl. Deutschl.	68	74	83	78
ausschl. Deutschl.	80	87	98	93

Nach Industriezweigen betrachtet, hat sich in Europa die Produktion von Investitionsgütern einschl. der Rohstoffe (Eisen und Stahl, Maschinenbau, Bauindustrie) besser entwickelt als beispielsweise die Erzeugung von Konsumgütern. Textilien lagen September 1947 mit 81% noch um 5% unter dem Gesamtdurchschnitt von 86%. Diese Tatsache läßt auf die relativ schlechte Versorgung der europäischen Bevölkerung mit Konsumgütern aus der europäischen Industrie schließen. Aber auch hier sind die Verhältnisse in den einzelnen Ländern unterschiedlich, so blieb z. B. die Eisen- und Stahlindustrie in Großbritannien 1947 noch um 4% hinter dem Vorkriegsstand und um 5% unter dem Gesamtdurchschnitt der industriellen Produktion (= 101) zurück, während andererseits die Eisen- und Metallverarbeitung bei 115, die Industrie der NE-Metalle bei 113 lagen.

Ein Vergleich der industriellen Entwicklung nach beiden Weltkriegen zeigt, daß sich die Länder nach 1945 wesentlich schneller erholt haben, als es nach Beendigung des ersten Weltkrieges 1914/18 der Fall war. Wie folgende Zusammenstellung verdeutlicht, hat die Industrie von 11 europäischen Ländern 1920 erst durchschnittlich 83% des Standes von 1913 wieder erreicht (ohne Deutschland; mit Deutschland = 76%), während die gleichen Nationen 1946/47, also in einem knappen Zweijahreszeitraum nach dem zweiten Weltkriegs bereits auf 95% (ohne Deutschland) der relativ hohen industriellen Leistung des Jahres 1938 gelangt waren. Die Gründe für diesen überraschenden Tatbestand sind in erster Linie in der bedeutend stärkeren industriellen Aufschließung aller europäischen Länder während des zweiten Weltkriegs zu suchen. Diese neuen Industrien stellten sich, zumal in den von Kriegshandlungen weitgehend verschonten Gebieten, nach Kriegsende relativ schnell auf Friedensfertigung um bzw. umgibt ihre vorher zum Teil brachliegenden Kapazitäten nach Fortfall der kriegsbedingten Beschränkungen in Bezug auf Arbeits- und Materialeinsatz im

höchstmöglichen Grade aus, wobei die Befriedigung des jahrelang aufgestauten Bedarfs nach Industriegütern in der ganzen Welt und um jeden Preis alle Absatzprobleme wenigstens für die ersten Nachkriegsjahre von vornherein löste.

Land	1920		1946/47	
	(1913 = 100)	(1938 = 100)	(1913 = 100)	(1938 = 100)
Belgien	67,1	99,3	87,8	99,0
Dänemark	57,8	99,0	59,0	27,8
Deutschland	59,0	27,8	87,4	79,5
Finnland	70,4	93,8	92,5	107,5
Frankreich	92,2	80,0	101,7	109,3
Großbritannien	92,2	80,0	97,2	101,8
Italien	35,1	95,8	97,2	101,8
Norwegen	97,2	101,8	47,8	91,8
Polen	35,1	95,8	74,0	80,5
Schweden	97,2	101,8	83,0	95,0
Tschechoslowakei	47,8	91,8		
Durchschnitt der Länder:				
einschl. Deutschl.	74,0	80,5		
ausschl. Deutschl.	83,0	95,0		

Die Tabelle zeigt aber auch, daß die „Neutralen“ des ersten Weltkriegs, ins-

besondere Dänemark, Norwegen und Schweden, nach 1918 in viel größerem Umfang „Nugnießer“ des Krieges geworden waren, als es nach 1945 der Fall war. Der Zahlenvergleich läßt deutlich erkennen, daß diese Länder mit ihren intakt gebliebenen und während der Kriegsjahre 1914/18 unter Ausnutzung der guten Konjunktur erweiterten und neuerrichteten Betrieben sich nach jahrelanger auf die Sättigung des auch damals fast unstillbaren europäischen Warenhungers einstellen konnten.

### Monte Carlo wackelt

Paris. Die finanzielle Lage der nunmehr 85 Jahre alten Spielbank von Monte Carlo hat sich im vergangenen Jahr außerordentlich verschlechtert, und die „Société des Bains de Mer“, die Besitzerin des Casinos, hat das Jahr 1947 mit 140 Mill. Frs. Verlust abgeschlossen, so daß sie gezwungen ist, Angestellte zu entlassen. Die Reiseschränkungen und Devisenbestimmungen der europäischen Länder sind die eigentlichen Ursachen des schlechten Geschäftsganges der Spielbank.

## Citrusfrucht-Plantagen in Uebersee

### Rückgang der Erzeugung am Mittelmeer - USA größter Produzent

Italien verhandelt zur Zeit mit der JEIA über die Wiederaufnahme des Obst- und Gemüseexportes in die britisch-amerikanische Zone, wobei auch die Ausfuhr von Zitrusfrüchten zur Debatte steht. Vor dem Kriege war die deutsche Einfuhr aus verschiedenen Mittelmeerländern recht beträchtlich. In den letzten Jahren hat sich nun auch für diese Produkte das Schwerkriegsrecht der Erzeugung nach Uebersee verlagert, nachdem die Mittelmeerländer von alterher die bedeutendsten Kulturgebiete für die Zitrusfrüchte waren.

Heute sind die USA auch für die Zitrusfrüchte die größten Produzenten der Welt. Weitere Anbaugelände sind die Union von Südafrika, Brasilien, Uruguay, Argentinien, Australien, China, Japan, die Antillen und Mexiko. Infolge Ansbereitung der Zitrusfrucht-Kulturen in diesen Ländern stieg die Weltproduktion in Apfelsinen von 2,4 Mill. t im Jahre 1919/20 auf 6,7 Mill. t im Jahre 1937/38 an. Für das Jahr 1947/48 wird die Ernte auf 8 Mill. t geschätzt. Die größte Ausbreitung hat in den Vereinigten Staaten, Brasilien, Palästina und Algerien stattgefunden, während die Ernte in den beiden alten Erzeugungsländern Italien und Spanien durch Bürgerkrieg und Absatzkrise einen Rückgang erfahren hat.

Für die Versorgung in Europa ist die Ausfuhr aus den Mittelmeer-Ländern immer noch wichtig, wenn auch der überseeische Einfluß zunehmende Bedeutung gewinnt. Die heutige Produktion in Apfelsinen verteilt sich mit 4,3 Mill. t jährlich auf die USA, mit 1,2 Mill. t auf Brasilien, mit 0,9 Mill. t auf Spanien, mit 0,5 Mill. t auf Italien,

mit 0,4 Mill. t auf Palästina und mit 0,2 Mill. t auf Algerien. Für Zitronen beschränkt sich die wirtschaftlich bedeutende Produktion mit je 0,5 Mill. t auf die Vereinigten Staaten und Italien sowie in geringerem Maße mit 0,15 Mill. t auf Ägypten und 0,05 Mill. t auf Spanien. Grapefruit werden fast ausschließlich in den Vereinigten Staaten angebaut, und zwar beträgt die Ernte etwa 1,6 Mill. t. Palästina erzeugt etwa 70 000 t Grapefruit und Porto Rico sowie Südafrika je 18 000 t. Von einer gesamten Weltenernte in Zitrusfrüchten von jährlich 12 bis 15 Mill. t entfällt die Hälfte auf die USA. Wenn die Ernte der Mittelmeerländer noch Einfluß hat auf den Weltmarkt, so ist dies auf den hohen inländischen Verbrauch der USA zurückzuführen.

Der überseeische Export macht sich jedoch für die Mittelmeerländer in zunehmendem Maße bemerkbar. In den letzten Jahren vor dem Krieg stand Spanien in der Ausfuhr von Apfelsinen mit 0,7 Mill. t an der Spitze und an zweiter Stelle bereits die USA mit 0,3 Mill. t. Es folgten Palästina mit 0,3, Brasilien mit 0,2, Italien mit 0,15 und Südafrika mit 0,1 Mill. t. Zitronen wurden 0,25 Mill. t aus Italien und 0,1 Mill. t aus den USA ausgeführt. Italien und Spanien haben in den letzten Jahren starkes Absatzrückgang zu verzeichnen. In Spanien konnten im Jahre 1946 nur noch 76 226 t exportiert werden. Im Jahre 1947 stieg die spanische Apfelsinen-Ausfuhr auf 184 250 t, betrug damit jedoch nur wenig mehr als ein Viertel des Vorkriegsexportes.

## Steigende Kohlenförderung Englands

### Beabsichtigter Export 1948: 15 Mill. t

Die Lieferungen von Kohlen aus den Vereinigten Staaten nach Europa waren ein Novum der Nachkriegszeit und infolge des Produktionsrückganges in den europäischen Ländern notwendig geworden. Inzwischen hat sich die Kohlenförderung in Europa teilweise erholt, so daß die Importe aus den USA ihren Höhepunkt bereits überschritten haben dürften. Großbritannien konnte die Kohleneinfuhren einstellen und in den letzten Monaten wieder — wie gemeldet — zum Export von Kohlen übergehen, womit die Besserung in der englischen Kohlenversorgung offensichtlich zum Ausdruck kommt.

Die Entwicklung der britischen Kohlenförderung wird in Großbritannien mindestens mit gleichem Interesse verfolgt wie in Deutschland die Produktionsergebnisse an der Ruhr. Seit Beginn des Krieges bis zum Jahre 1945 ging die englische Kohlenproduktion zurück, was vor allem auf die Abnahme der Jahresleistungen pro Mann zurückzuführen war. Während im Jahre 1939 die Jahresleistung 301,9 t pro Mann im Durchschnitt betragen hatte, wurde im Jahre 1945 nur noch eine Leistung von 246,4 t erzielt. Im Jahre 1946 trat erstmalig eine Erhöhung auf 258,9 t ein, die im Jahre 1947 anhielt. Die Erwartung, im Jahre 1947 eine Kohlenproduktion von 290 Mill. t zu erreichen, hat sich zwar nicht ganz erfüllt, doch war die eingetretene Erhöhung auf 196,6 Mill. t gegen 180,5 Mill. t im Vorjahr beachtlich. Für das Jahr 1948 rechnet man mit einer Förderung von 211 Mill. t und möglichst sogar mit einer Produktion von 214 Mill. t gegenüber einer Förderung von 227 Mill. t im Jahre 1938. In den ersten Monaten des Jahres nahm die Kohlenförderung zu, so daß der Kohlenexport in größerem Umfang wieder aufgenommen werden konnte. Das gehobene Förderergebnis wurde durch freiwillige Ausdehnung der Arbeitszeit, durch zusätzliche Schichtleistungen und zum Teil auch durch bereits wirksam werdende Überholungsarbeiten in den Betriebsanlagen des Kohlenbergbaues ermöglicht.

Der Kohlenexport aus Großbritannien betrug im Dezember 1947 im

Durchschnitt 37 946 t je Woche. Im Januar 1948 stieg die Kohlenausfuhr auf 66 114 Tonnen je Woche und im Februar auf 100 631 t je Woche. Der größte Export erfolgte in den ersten zwei Monaten 1948 nach Irland, das 274 396 t erhielt, 108 685 t gingen nach Schweden, 53 636 Tonnen nach Frankreich, 28 333 t nach Portugal, 25 294 t nach Argentinien, 17 723 t nach Neuseeland, 12 837 t nach Italien, 11 029 t nach Holland, 5 110 t nach Belgien, 4 904 t nach Uruguay, 4 865 t nach der Schweiz und 3 078 t nach Gibraltar. Großbritannien hat vor allem an seine alten Kunden die Lieferungen wieder aufgenommen. Der gesamte Kohlenexport betrug in den Monaten Januar und Februar 666 980 t. In den nächsten Monaten soll die Kohlenausfuhr noch wesentlich gesteigert werden, da im ganzen Jahr 1948 ein Export von mindestens 15 Mill. t erreicht werden soll. Von dieser Menge sind bereits 6 Mill. an die Länder zugesagt, die dem Marshall-Plan angeschlossen sind. Etwa 7 Mill. t werden als Bunkerkohle im In- und Ausland benötigt. Im Rahmen des Vierjahresplanes für den europäischen Kohlenbergbau sollen die britischen Kohlenexporte möglichst bald wieder auf ihren Vorkriegsstand gebracht werden.

Vor dem Kriege wurden einschließlich Bunkerkohle über 46 Mill. t jährlich von Großbritannien ausgeführt, das damit der bedeutendste Kohlenexporteur der Welt war. An zweiter Stelle stand Deutschland mit einer Jahresausfuhr von 34 Mill. t Steinkohle.

Die Belegschaft des britischen Kohlenbergbaues nahm im neuen Jahr bisher um knapp 5000 Mann zu. Im Jahre 1947 betrug die durchschnittliche Belegschaftszahl 719 000. Bei 90 000 Neueinstellungen gegen 76 000 im Jahre 1946 und 48 000 im Jahre 1945 betrug der Reinzunahme nur 26 000, da ein zahlreicher Abgang zu verzeichnen war. Ende März wurden 723 800 Lohnempfänger im britischen Kohlenbergbau gezählt, von denen 679 000 tatsächlich beschäftigt waren. Die Feierschichten betragen zu diesem Zeitpunkt 10,7%.

H. G.

**MEXOL**  
Schutz-Anstriche  
in schwarz und farblich für  
DACHPAPPE  
MAUERWERK  
METALLE  
HOLZ  
SILOS

HARRIES & KÜLHENS KG.  
OBERKIRCHEN

**Internationale Gesellschaft chemischer Erzeugnisse**

besteingeführt in Frankreich, Spanien, USA, mit eigenen Niederlassungen, sucht Vertretung erster deutscher Firmen für Produkte der Lederbearbeitung, Textilbehandlung und Farbstoffe. Direktion begibt sich in Kürze zwecks Besprechung nach Deutschland.

Korrespondenz an M. Laubner, Ludwigshafen/Rhein, Rheinfeldstr. 67

**IMPORT EXPORT**

Werkstatteinrichtungen  
MASCHINEN  
WERKZEUGE  
Kraftfahrzeugzubehör  
Kraftfahrzeugteile

**ENGLER & CO.**  
OFFENBURG (Baden)  
GROSSHANDLUNG  
WASSERSTRASSE 4

**CHINOSOL**

Dieses Zeichen tragen seit mehr als 50 Jahren unsere wissenschaftlich erprobten und praktisch bewährten Erzeugnisse. Die „3 Eulen-Mark“ verbürgt Güte und Entschädigung.

CHINOSOL-FABRIK A. O. HAMBURG

**Schneider & Schweda**  
Import - Export  
liefer

**Fischsilber  
Perl - Transparent - Lack**

(13b) Kempten / Allgäu  
Römerweg 13

**Immobilien Tilsen**

vertritt Ihre Interessen in allen Grundstücks- und Finanzierungsangelegenheiten und übernimmt Hausverwaltungen bei gewissenhafter ledztzinständiger Ertledigung.

DRESDEN A 24 LEIPZIG C 1  
Abekentstraße 18 Postplatz 34

**ASPIRIN TABLETTEN**

bei allen  
Erkältungs-  
krankheiten

### Weltmeinung

## Entwicklung der Kolonien

### Daily Mail

Das Blatt betont die Wichtigkeit der afrikanischen Besitzungen für England, die durch den englischen Rückgang aus anderen Positionen noch an Bedeutung gewinnen.

„Wenn das englische Volk seinen afrikanischen Traum verwirklicht haben will, muß es sich anstrengen. Es muß wieder zu einem Volk von Pionieren werden. Sie müssen dasselbe tun, was die Amerikaner taten, als sie ihre Grenze vom Atlantik zum Pazifik verschoben. Aber was jene in einigen Generationen leisteten, muß England in 10 Jahren schaffen, wenn es überleben will. Das kann erreicht werden, denn England hat eine Bevölkerung von nahezu 50 Millionen, die mit den Erzeugnissen des 20. Jahrhunderts ausgestattet ist. Die Frage ist, ob es England tun will?“

Ein Anfang wurde gemacht. Der große Erdnuß-Plan, der von der Regierung im Februar des vergangenen Jahres bekanntgegeben wurde, soll in Tanganyka verwirklicht werden. Aber viel ist bisher nicht geschehen. Nach seiner Rückkehr aus Afrika berichtete der frühere Landwirtschaftsminister Hudson, daß der Plan ein phantastischer Fehlschlag wäre. Man hoffte in 6 Jahren 3 250 000 acres Land zu kultivieren, und hatte zu Ende des letzten Jahres nur 7 000 acres mit Erdnüssen bebaut. In diesem Tempo sind 500 Jahre notwendig, um den Plan durchzuführen. Die Kultivierung von Land muß um das Hundertfache erhöht werden, wenn die vorgeschriebene Zeit eingehalten werden soll.

Es haben sich viele Schwierigkeiten ergeben, die die Regierung nicht berücksichtigt hatte. Der Haupthafen von Tanganyka, Darassalam, hat keinen Ankerplatz für Schiffe. Das gesamte Material muß mit Leichtern an Land gebracht werden. Eisenbahnen und Straßen sind unzulänglich. Es fehlt an Arbeitskräften. Es sind keine Verbrauchsgüter da, die die einheimischen Arbeiter für ihr Geld einkaufen könnten. Der Afrika-Plan scheint unter seiner eigenen Last zusammenzubrechen. Es muß etwas getan werden. Die Marshall-Hilfe läuft in vier Jahren ab. Wenn bis dahin die Hilfsquellen des Empire nicht erschlossen sind, sieht die britische Zukunft düster aus.“

### Business Week

Die Zeitschrift unterstreicht in einem längeren Artikel die Bedeutung der französischen Kolonien nicht nur für das Mutterland sondern für ganz Europa und behandelt ferner die Bemühungen Frankreichs um die Entwicklung dieser Kolonien:

„Der Zehnjahresplan erfordert insgesamt 2,4 Milliarden Dollar. Holzwirtschaft und die Produktion von Erdnüssen sollen besonders gefördert werden.“



# Rohstofflieferant Belgisch-Kongo

## Rekordausfuhr im Jahre 1947 — Weiter steigende Entwicklung im neuen Jahr

Wenn der belgischen Wirtschaft nach dem Kriege eine rasche Erholung möglich war, so verdankt sie dies nicht zuletzt der wachsenden Bedeutung der Rohstofflieferungen aus Belgisch-Kongo, die seit Ende des Krieges im Vergleich zur Vorkriegszeit stark zugenommen haben, nachdem der Kongo während des Krieges eine wichtige Rohstoffquelle der Alliierten war.

Die Kongo-Kolonie mit ihren rund zehn Millionen Eingeborenen und einer weißen Bevölkerung von nur 24 058 Belgiern und 10 728 anderen Weißen verfügt über bedeutende, fast unerschöpfliche Rohstoffvorkommen der verschiedensten Art und über die größte Diamantenlagerstätte der Welt mit riesigen Vorräten. Neben wertvollen Mineralien erhält Belgien Holz, Baumwolle, Pflanzenöle und -Fette, Rohrzucker, Kautschuk und Kaffee aus der Kongo-Kolonie. Die Ausfuhrleistungen Belgisch-Kongos erreichten im Jahr 1947 einen neuen Höchststand. Der Gesamtexport hatte einen Wert von rund 10 Mrd. bfrs gegen 6 Mrd. bfrs im Vorjahr. Die wertmäßige Steigerung ist zum Teil auf die Preiserhöhungen zurückzuführen, aber auch auf die mengenmäßige Zunahme der Ausfuhr, die etwa 14% betrug. Die Ausfuhrmenge stieg auf rund 0,8 Mill. t, wovon die Hälfte auf Pflanzen-Produkte entfiel, rund 0,25 Mill. t auf Mineralien und der Rest auf verschiedene Erzeugnisse.

Für alle Erzeugnisse aus Belgisch-Kongo hielt eine lebhaft Nachfrage aus dem Ausland an. Man rechnet jedoch damit, daß ein gewisser Höhepunkt bald erreicht sein wird. Es wird daher für notwendig gehalten, alle Anstrengungen zu machen, um die bisherigen und in den letzten Jahren neu hinzugekommenen Absatzgebiete auch in Zukunft zu halten. Belgien ist nach wie vor der wichtigste Abnehmer für die Produkte Belgisch-Kongos, während nach einigem Abstand die USA an zweiter Stelle stehen und damit den Platz einnehmen, den Deutschland vor dem Kriege in der Reihe der Rohstoffbezieher der Kongo-Kolonie hatte.

Die USA beziehen auch Uran-Erze aus Belgisch-Kongo und sind kapitalmäßig an Industrieunternehmen beteiligt. Der Preis für Uran-Erze ist im Vergleich zur Vorkriegszeit um ein Vielfaches angestiegen. Über die Ausfuhr von Uran-Erzen sind bisher keine konkreten Zahlen veröffentlicht worden. Einige belgische Tageszeitungen teilten kürzlich Angaben mit, die aus den amerikanischen Blättern „Business Week“ und „Saturday Evening Post“ stammten. Danach wurden 1945: 9 769 t Uran-Erzen zum Preis von 9 bfrs per kg ausgeführt. Die Ausfuhr ging ganz nach den USA. 1946 nahm der Export auf 6 253 Tonnen ab, wovon 3 654 t nach den USA und 2 599 t nach Großbritannien gal-

fert wurden. Der Preis war inzwischen auf 70 bfrs je kg gestiegen.

Die Diamanten-Industrie in Belgisch-Kongo stellt heute gewichtsmäßig fast 60% der gesamten Welt-Diamanten-Produktion. Diese Tatsache ist um so bemerkenswerter, als sich Diamanten dort erst seit dem Jahre 1913 im Abbau befinden. Im Jahre 1924 betrug die Diamanten-Erzeugung erst wenig mehr als eine halbe Million Karat, zehn Jahre später 3,3 Mill. und 1939 über 7 Mill. Karat. Die Aufwärtsentwicklung der Diamantenproduktion hat nach dem Kriege angehalten. In den ersten zehn Monaten des Jahres 1947 wurden 6 373 372 Karat ausgeführt. Der größte Teil der Erzeugung ist Industrie-ware; ihr Anteil am Wert der Welt-Diamanten-Erzeugung beträgt daher nur 11%. Verkehrstechnisch sind die Diamantengebiete des Kongo durch Autostraßen, Flußschifffahrt und eine Eisenbahnlinie gut erschlossen.

Über die Ausfuhr in den einzelnen Warengruppen liegen Angaben über das Ergebnis in den ersten zehn Monaten des Jahres 1947 vor. Unter den Mineralien steht Kupfer an erster Stelle. Es wurden bis einschließl. Oktober des vergangenen Jahres 127 884 t exportiert gegen 127 695 t in der gleichen Zeit des Vorjahres. Der Kupferexport erreichte im ganzen Jahr 1947 allein 2,7 Mrd. bfrs bei einem Gesamtwert der Mineralien-Ausfuhr in Höhe von 5,4 Mrd. bfrs. Die Ausfuhr in Zinn-Erzen stieg auf 72 062 (47 849) t, in Zinn-Erzen auf 14 148 (11 389) t und in Kobalt auf 6 634 (1 758) t. Mit Ausnahme von Palmöl konnte die Ausfuhr in allen Pflanzen-Produkten erhöht werden. Die bedeutendsten Zunahmen waren bei Holz und Kaffee zu verzeichnen. Der Export von Palmöl ging von 72 768 Tonnen auf 65 798 t zurück, während die Holz-Ausfuhr auf 89 100 (59 779) Tonnen, die Ausfuhr von Kaffee auf 29 791 (20 751) t, von Kopal auf 21 403 (15 681) t, von verschiedenen Fasern auf 9 383 (5 095) t, von Palmmark auf 46 028 (39 682) t, von Mais und Maismehl auf 24 664 (22 893) t anstieg.

### Was der Welthandel erwartet

Eine weitere Steigerung der Produktion und der Exporte der Kongokolonie ist möglich und geplant. Wie bekannt, verlangen die USA von den Ländern, die dem Marshall-Plan angeschlossen sind, die Lieferung von Rohstoffen. Von Belgisch-Kongo wird die Lieferung von Zinn, Kobalt, Tantalum, Kadmium, Zink und Diamanten erwartet. Das bedeutendste Unternehmen Belgisch-Kongos, die Union Minière du Haut-Katanga, verfolgt im Katanga-Gebiet Pläne von weittragender Bedeu-

tung. Neben der Modernisierung der Kupfergruben und Hüttenanlagen ist die Elektrifizierung des gesamten Katanga-Gebietes und die Errichtung einer Zinkhütte vorgesehen. Die Erzeugung von elektrischem Strom konnte im vergangenen Jahr ansehnlich erhöht werden. Da die Kapazität des Wasserkraftwerkes am Sanga, dem rechten Nebenfluß des Kongo, der Belgisch-Kongo mit Französisch-Kongo verbindet, für die Elektrifizierung von Nieder-Kongo nicht ausreicht, wird versucht, die Wasserkraft des Utraco-Flusses auszunutzen, um die Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Leopoldstadt—Matadi möglich zu machen. Für die Versorgung des Gebietes der Stadt Stanley ist ein neues Kraftwerk an den Wasserfällen des Toppo vorgesehen. Das Elektrizitätssystem in Albert-Stadt prüft die Errichtung eines Kraftwerkes in Kymbi, das das Gebiet von Elisabethstadt im Umkreis von 150 km versorgen soll.

### Ausbau der Produktion

Sodann ist der Ausbau der allgemeinen Produktion geplant, wie der Nahrungsmittelindustrie, der chemischen, Textil- und Baustoffindustrie. Verschiedene Unternehmen wurden in letzter Zeit bereits gegründet, so eine Flaschenfabrik, eine Betonwarenfabrik, ein Unternehmen für Lederverarbeitung und Lederhandel. Die Treibstoff-Tankanlagen wurden verbessert und ausgedehnt. Die während des Krieges aufgenommene Robeidenzucht nahm weiter zu. Im Jahre 1945 bestanden 450 Seidenraupen-Betriebe, deren Zahl gegenwärtig etwa 600 beträgt und im laufenden Jahr auf 800 erhöht werden soll. Die Rohseidengewinnung stieg von 18 t im Jahre 1944 auf 20 t 1945, 26 t 1946 und auf rund 60 t im Jahre 1947.

Während des Krieges wurde die Kautschuk-Gewinnung stark ausgebaut. Vor allem wurden die Kautschuk-Plantagen ausgedehnt, die in den

nächsten Jahren ertragreich werden. Der Hevea-Baum braucht etwa sieben Jahre für seine Entwicklung. Die Plantagenfläche nahm von 11 000 ha im Jahre 1940 inzwischen auf rund 70 000 ha zu, von der man in einigen Jahren einen jährlichen Ertrag von 50 000 t Kautschuk erwartet. Mit Rücksicht auf die Konkurrenz der anderen Produktionsgebiete und des Kautschukums hat die Kolonialregierung im Einverständnis mit der Union Professionnelle des Producteurs de Caoutchouc du Congo Belge zugeordnet, daß der zum Export gelangende Kautschuk einer besonderen Qualitätskontrolle unterzogen wird. Im Jahre 1944 wurden 9 611 t Wildkautschuk und 1 676 t Plantagenkautschuk ausgeführt. Nach dem Kriege wurde die Sammlung von Wildkautschuk, wie auch in Südamerika, wieder eingeschränkt. Im Jahre 1947 wurden 4 000 t Kautschuk, vorwiegend Plantagen-Kautschuk exportiert. Für 1948 rechnet man mit einem Ertrag von 6 000 t.

Für eine weitere Erschließung von Mineralvorkommen in Belgisch-Kongo und eine Ausdehnung der Plantagenwirtschaft zur Gewinnung von pflanzlichen Rohstoffen ist ein großzügiges Siedlungsprogramm und eine Erhöhung der weißen Bevölkerung erforderlich. Die belgische Regierung befürwortet die Einwanderung von etwa 20 000 Europäern, die vor allem auf dem Lande angesiedelt werden sollen, da sich die bisherige weiße Bevölkerung zu sehr auf die Städte konzentriert hat, was zu einer Abwanderung der Eingeborenen aus den Dörfern führte. Die größten Städte in Belgisch-Kongo sind Leopoldville mit 6 188 Weißen und Elisabethville mit 5 359 Weißen.

Zahlreiche ausländische Missionen haben in letzter Zeit den Kongo besucht, um die Handelsbeziehungen auszubauen. Kanada beschloß, eine Handelsabteilung in Leopoldstadt zu errichten. Das belgische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten stellte bei verschiedenen Gesundheitskolonial-Attaches an. Alle westeuropäischen Länder erhalten im Rahmen ihrer Handelsverträge mit Belgien in mehr oder weniger großem Umfang Lieferungen aus dem Kongo. H.G.

## Handelsabkommen Frankreich — Spanien

Paris. Das neue französisch-spanische Handelsabkommen ist nun nach langen Verhandlungen abgeschlossen worden. Das für ein Jahr geltende Abkommen umfaßt einen Handelsaustausch von ungefähr 25 Mrd. französischer Francs. Die Zahlungen werden auf dem Weg des Clearing zu dem offiziellen Kurs der Peseta von 19,63 Fr. geregelt werden.

Das französische Mutterland und die Kolonien werden nach Spanien folgende Artikel liefern: Phosphate (die bereits in bedeutendem Umfang vor dem Abschluß des neuen Handelsabkommens gegen Schwefelkies getauscht worden waren), chemische Produkte, Personen- und Lastwagen, elektrisches Material, Kolonialprodukte usw.

Spanien wird Mineralien und Metalle (Schwefelkies, Blei, Zink, Antimon, Quecksilber) und Lebensmittel liefern: Olivenöl, Orangen, Wein, Fische, Konserven usw.

Der hohe Umwechslungskurs der Peseta bedeutet einen Vorteil der französischen Exporte, aber einen entsprechenden Nachteil für die französischen Einfuhren aus Spanien. Frankreich erreicht bei diesem Umwechslungskurs billige Preise in Spanien, die Spanien seinerseits durch bestimmte Einfuhrzölle kompensieren kann. Offensichtlich hat sich aber Spanien verpflichtet, die daraus erzielten

Erlöse zu Exportprämien zu verwenden, um dadurch wiederum Preise der spanischen Waren in Frankreich trotz des für Frankreich bei den Importen ungünstigen Umrechnungskurses niedrig zu halten. So werden die Preise für einige spanische Waren um bis 33% herabgesetzt.

Die französischen Touristen in Spanien schließen einen Vorzugswechsellkurs von ungefähr 13 Franken für die Pesetas. Außerdem werden sie nicht mehr zum Ankauf von 200 Pesetas pro Tag in Spanien gezwungen sein. Die nötigen Devisen werden durch das Office des changes vermittelt werden.

Wie hoch die Bewertung der Peseta im offiziellen Umrechnungskurs ist, geht daraus hervor, daß, wie wir der französischen Presse entnehmen, der Peseta am schwarzen Markt in Frankreich sich nur zwischen 10 und 12 Franken bewegt.

### Spanien kündigt Handelsvertrag mit der Schweiz

Bern. Spanien kündigte zum 30. Juni 1948 den mit der Schweiz abgeschlossenen Handelsvertrag vom Juli 1945 und den Zusatzvereinbarungen von März und Dezember 1947. Es wird allgemein angenommen, daß neue Verhandlungen zwischen Spanien und der Schweiz aufgenommen werden.

## Wieder griechischer Tabak

### Alte Ernten noch nicht abgesetzt

Die Wiederaufnahme des Tabakexportes nach Deutschland ist für die griechische Wirtschaft eine Lebensnotwendigkeit. Das kürzlich abgeschlossene Handelsabkommen mit der britisch-amerikanischen Zone, das Tabaklieferungen im Werte von 2,5 Mill. \$ vorsieht, ist daher für Griechenland von großer Wichtigkeit, wird jedoch erst als Anfang einer Wiedergewinnung des deutschen Absatzmarktes angesehen, der im Jahre 1939 drei Fünftel der gesamten griechischen Tabakausfuhr aufgenommen hat.

Griechenland war vor dem Kriege nach den Vereinigten Staaten und Niederländisch-Indien der drittgrößte Tabak-Produzent und -Exporteur der Welt. Innerhalb der griechischen Wirtschaft hatte jedoch der Tabak eine derartig vorwiegende Bedeutung, daß er immer als nationale Produkt des Landes bezeichnet und ihm von allen öffentlichen Stellen die größte Beachtung und Unterstützung zuteil wurde. Mit dem Ausbau von Tabak beschäftigten sich in Griechenland etwa 150 000 Bauernfamilien, deren Mitgliederzahl rund 600 000 Menschen umfaßt. Hinzu kommen etwa 20 000 Arbeiter und 25 000 Frauen, die ihr Brot mit der Manipulation der Tabake verdienen.

In den letzten Jahren vor dem Kriege bestand die Hälfte aller von Griechenland ausgeführten Güter wertmäßig aus Tabak. Die griechische Tabakernte betrug im Jahresdurchschnitt 1927/36

54 000 t, wovon 46 000 t exportiert wurden. Der Hauptabnehmer griechischen Tabaks war immer Deutschland mit einem Anteil von 18 000 t oder 39,15% im Durchschnitt der Jahre 1927/36. In den letzten Jahren vor dem Kriege hat Deutschland seinen Kaufanteil an griechischen Tabak weiter gesteigert und im Jahre 1938 von einem Gesamtexport in Höhe von 42 000 t rund 25 000 t oder 60% sowie 1939 von einer Gesamtausfuhr von 50 095 t fast 30 000 t abgenommen.

Nach dem Kriege kam der griechische Tabakexport nur langsam wieder in Gang. Im Jahre 1946 betrug die gesamte Ausfuhr nur 12 916 t und 1947 10 399 t, da der deutsche Absatzmarkt völlig ausgefallen war. Im vergangenen Jahr waren die Vereinigten Staaten mit 5 162 t die wichtigsten Abnehmer, gefolgt von Großbritannien mit 4 305 t, Italien mit 2 507 t, die Tschechoslowakei mit 1 305 t, Finnland mit 1 125 t, Frankreich mit 507 t, Österreich mit 565 t, Benelux mit 540 t und alle übrigen Länder mit 1 023 t. Die Tabakernte, die im Jahre 1944 mit etwa 7 Mill. kg noch sehr gering war, konnte inzwischen wieder beträchtlich gesteigert werden und hat nach 31 835 t im Jahre 1946 im vergangenen Jahr über 40 000 t erreicht. Griechenland verfügt aus den Ernten der beiden letzten Jahre noch über bedeutende Vorräte, die auf Absatz drängen. H.G.

## Jugoslawien als Markt

### Alle Betriebe verstaatlicht — Jugo-Erze für die UdSSR.

Die Privatindustrie Jugoslawiens — etwa 2100 industrielle Unternehmen — wurden in diesen Tagen mit sofortiger Wirkung verstaatlicht.

Ein Besuch in diesen Tagen in der jugoslawischen Militärmission in Berlin-Pankow verstärkt den Eindruck, daß die überwiegende Menge des jugoslawischen Güterausstausches über staatliche Stellen läuft und dem internationalen Exportkaufmann nur mehr ein recht beschränktes Tätigkeitsfeld geblieben ist. Alle Firmen, die sich mit dem Ein- und Ausfuhrhandel befassen, werden vom Außenhandelsministerium registriert. Der gesamte Import und Export wird vom Handelsministerium unter Kontingentierung der Warengruppen und der Zuteilung von Zahlungsmitteln gelenkt. Auch bei der Durchführung von Vertragsbedingungen und Lieferfristen ist der Außenhandel einer strengen Kontrolle des Ministeriums unterworfen. Die strenge Wirtschaftsplanung Jugoslawiens, die nunmehr auch auf den Außenhandel ausgedehnt worden ist, hat vor allem in den ländlichen Bezirken der Slowakei und in den wenigen schwerindustriellen Erzeugungsbereichen starke Widerstände innerhalb der Bevölkerung hervorgerufen, die durch den Druck der Verwaltung und ihrer Regierungspartei mühsam niedergehalten werden. Doch ist mit einem völlig freien Außenhandel in absehbarer Zeit kaum zu rechnen.

Neben der Sowjetunion, welche die Masse der jugoslawischen Rohstoffe, vor allem der Erze, in ihren „Fünfjahres-Plan“ einbezogen hat, ist Ungarn der wichtigste Handelspartner Jugoslawiens, das durch drei Verträge mit der jugoslawischen Exportwirtschaft verbunden ist. Auf Grund des einjährigen Clearingabkommens vom Dezember 1946 erhielt Ungarn wichtige industrielle Rohstoffe gegen Fertigwaren, Lokomotiven, Waggons, Fahrräder, optische Instrumente und landwirtschaftliche Maschinen. Das fünfjährige Investitionsabkommen vom Juni 1947 verpflichtet Ungarn zur Lieferung von Kraftwerkanlagen und Maschinen gegen Eisenerz und Kupfer, und das auf die Dauer von 15 Jahren abgeschlossene „Aluminiumabkommen“ ermöglicht es, ungarische Bauxit mit Hilfe von jugoslawischem Aljatroon zu

Tonerde und in jugoslawischen Schmelzhütten zu Aluminium zu verarbeiten.

Von Polen bezieht Jugoslawien auf Grund des Handelsvertrages für 1948 Eisen, Hüttenerzeugnisse, Eisenbahnbetriebsmaterial, Kohle, Koks, Maschinen und Elektrowaren aller Art gegen Robeisen und Metalle, Leder, Hanf und Flachs.

Von den Niederlanden erhält Jugoslawien auf Grund des sechsen im Haag abgeschlossenen Handelsvertrages Schiffe, pharmazeutische und chemische Produkte, Maschinen, Industriediamanten und Saatgut gegen Robeisen, Kupfer, Blei, Papier und Tabak.

Nach Dänemark werden auf Grund des bis zum Jahresende verlängerten Handelsabkommens Mais, Kohle und Asbest geliefert.

Mit Italien ist der Schiffsverkehr vor allem mit den Häfen Venedig und Bari aufgenommen und ein Handelsabkommen abgeschlossen worden, auf Grund dessen Jugoslawien gegen sein übliches Exportsortiment von Rohstoffen und Lebensmitteln Maschinen, Werkzeuge und Fertigfabrikate erhält.

Die Ausfuhr von jugoslawischen Blei ist sogar auf überseeische Märkte ausgedehnt worden. So sind vor kurzem die ersten Sendungen von Blei in den USA eingetroffen, dessen Preis allerdings 10% über dem amerikanischen Blei zu stehen kam.

Auf dem jugoslawischen Binnenmarkt ist der Bau einer Fabrik für medizinische Instrumente zu berichten, die allerdings den Bedarf der jugoslawischen Krankenhäuser bei weitem nicht zu decken vermag. In Iokra Inkrani ist eine Fabrik für die Herstellung von Filmgeräten und Kino-projektionsapparaten erstmalig aufgenommen worden, nachdem das feinmechanische und optische Gewerbe in Jugoslawien bisher lediglich handwerksmäßig betrieben wurde. Für ausländische Importeure an medizinischen und feinmechanischen Instrumenten ist zweifellos noch ein reiches Absatzgebiet vorhanden. Die stärkste Industrialisierung wird aus Bosnien und der Herzegovina gemeldet, wo 120 Industriewerke, vor allem der Lebensmittelveredlungsindustrie, eingerichtet wurden. Dr. Sch.



**SANDER-BAND**

Das gute Bindband  
das schöne Zierrand

Alleiniger Hersteller  
Dr. Sander Haupt, Wuppertal-Oh

**INTERNATIONALES  
HANDELSHAUS**

mit eigenen Niederlassungen in Paris, New York und Buenos Aires, sucht Vertretung und Interessenswahrung erster deutscher Firmen speziell für Frankreich, Spanien, USA, und Südamerika, beste Referenzen in Deutschland. Direktion begibt sich in Kürze zwecks Besprechung nach Deutschland. Offerten an K. Peltzer, Heidelberg - Laimen, Heidelbergbergweg.



**Milberz**

große Gebirge für den Regen in der Luft u. Leber der Milberz

**Sandellinus  
PULVER**

Hüter an den Betten lassen - gründlich säubern - auch die Außen der Stützpunkte.

CELA G. m. b. H., Ingelheim/Rhein

**Schweizerfirma**

liefert für Werkstätten u. Fabrikationen Lebensmittel aller Art zu günst. Preisen ab Lager Deutschland. Fordern Sie Angebote, unter 2791/8 19 durch OBAHEX, Anzeigen-Expeditoren, Freiburg i. Brsg.



**LUKULU**

THE HILDEBRAND

**Schmuckwaren**

Einige Uhrettes Armbräder Celliers Krugenttes Uhrspiel

Großhandelshaus der nordfranz. Zone liefert an Kaufhausunternehmen und Schmuckwaren-Geschäfte. Schmuckwaren in la Verbilligung, wie Herren- und Damenringe, Armbräder, Celliers, Uhrettes, Krugenttes, in allen Ausführungen. Verlangen Sie daher unverbindlich Preisangebote. Musterkollektionen werden ab RM. 200.— versandt.

**Großhandelshaus Willi Beymann**  
KIRN/Nabe, Schulstr. 3

**Kein Altpapier verschleudern!**

Das größte Nutzungswert für Altpapier haben Sie im Umkreis geg.

**UTTES-FALTBRIEFE**

Praktisch für den Geschäfts- und Behördenverkehr. Auch für Redemagen, Auftragsbestellungen, Bestellungen usw. best. geeignet. — Muster verlangen. — Lieferung gegen Papierzoll oder Altpapiermarken.

Hugo Uttesweiler, Bude, (17b) Fußweg

**Briefmarken KOHL**  
verm. Paul Kohl  
gegr. 1893

Das bekannte und führende  
**„Raritäten - Haus“**

Ab- und Verkauf von Spitzwerten: Alldeutschland - Kolonial Europa - Ozean

Auswahlreicht nach Fachhilfe Reichhaltiges Lager an Nachfrages-Ausgaben

Hohenstein-Ernstthal / Sa.,  
Mainsdorfer Weg 11

WIRTSCHAFTSREVUE STEUER

Im 3. Erlass zur Vermögensverzeichnisverordnung...

Die Unterhaltspflichten an geschiedene Ehefrauen...

Einzelanlieferungen können von steuerpflichtigen...

Die Abkordnung wird künftig in der Ozone steuerbegünstigt...

Erst der Fabrikanten von Arbeitnehmern in Rheinland-Pfalz...

In der sowjetischen Zone beträgt die Verzugszuschlag für Steuerrückstände...

In dieser Rubrik geben wir unseren Lesern Mitteilungen...

Darüber hinaus werden die nur kurz erwähnten Fragen...

Wer von unseren Festbezahlern Interesse an dieser Ausgabe...

Stundungslinien betragen 5% der geforderten Beträge...

Bei den abrennlichen Ehegatten in der Reichszone...

Der Präsident des Landesfinanzamts in Karlsruhe...

Darüber legt er fest, daß die einbehaltene Gewinnabgabe...

Die in Neubadern von den Zahlungsehrerern zwecks...

Der Antrag des Finanzamts, entsprechend der Anwendung...

Der für die britische Zone gültige erste Umsetzungsvertrag...

Vergleichungen für Demontagen beschleunigter Anlagen...

Landeskassenanweisungen in Rheinland-Pfalz

Aus dem Jahresbericht der Landeszentralbank

Der großen Bedarfen Kleingeld... Die Landeszentralbank hat in ihrem ersten Geschäftsbericht...

Die Landeszentralbank hat in ihrem ersten Geschäftsbericht einen Reingewinn von 1,1 Mill. RM erzielt...

Die Landeszentralbank hat auch die Unterbringung der vom Land im April 1947 mit sechs Monaten Laufzeit...

Deutsche Gesellschaften

Eiserfelder Steinwerke... Bei der Aktiengesellschaft Eiserfelder Steinwerke...

Rhodiaseta... hfg Baden-Baden. Die mit einem AK von 18 Mill. RM arbeitende Deutsche Acetat-Kunststoffe AG...

Königsbacher Brauerei... Bei der Königsbacher Brauerei AG, vorm. Jos. Thillmann...

H. Malinak AG., Hamburg... Diese auf dem Gebiet der Metallereifabrikation sehr bedeutende Gesellschaft...

Rheinwerft... Bei der Rheinwerft GmbH, Mainz-Naumbach...

Sarotti... Die Sarotti AG., Berlin, 62 Mill. RM AK...

Wolldecken Zooprints... Bei der Wolldeckenfabrik Zooprints AG., Haldenheim...

Georg Gelling... hfg Baden-Baden. Die mit 330 000 RM Aktienkapital angesehene Georg Gelling & Co. AG...

Mannesmann... Die Mannesmann-Röhrenwerke AG. in Düsseldorf...

Personallen

Professor Adolf Spamer, der 1936 als Nachfolger von Karl Rouschal...

Am 18. April starb der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Vereinigten Kesselwerke AG...

Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Landeszentralbank von Nordrhein-Westfalen wurde Bankier Dr. Brunschwiler...

Der Oberbürgermeister von Pforzheim, Dr. Brandenburg...

Bankdirektor Leo Littner ist bei dem Hamburger Bankhaus Conrad Henrich...

Aus dem Vorstand der Gerbard Stalling AG, Oldenburg...

In dem Vorstand der Zuckerraffinerie Königsbacher AG...

Bei der Zweinickel-Lieferung der Klingfilm GmbH...

Direktor Hans Herbell, Bad Godesberg...

zur Aufnahme der Zinszahlung und Auslösung der 4 1/2% Anleihe...

Dividenden... Ahaus-Escheider Eisenbahn-Gesellschaft...

Hauptversammlungen... P. Reiersdorf & Co. AG., Hamburg...

